Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. [illegible]

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 128. Montag, den 4. Juni 1917. 24. Jahrg.

Befreiung der Arbeit.

Deutschland steht wie vor hundert Jahren an einem Scheideweg. Damals waren die von England besonders geförderten Koalitionskriege gegen die Französische Revolution und gegen Napoleon zum Abschluß gekommen. Napoleon war nach St. Helena übergeführt, die europäischen Staaten seufzten unter dem Drucke der Kriegslasten und gebieterisch forderten die erstarkten Klassen des Bürger- und Bauerntums die Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Macht in einer freien politischen Verfassung.

Aber die absoluten Monarchen verschlossen ihre Ohren vor dem allgemeinen Rufe der Zeit nach umfassenden Reformen im Staat und in der Gesellschaft. Die durchaus notwendige Ablösung der Feudalstaaten, die „Bauernbefreiung" vollzog sich zuungunsten des Landvolks. Die Bauern mußten sich in Preußen die Freiheit ihrer Scholle durch schwere Opfer an Geld und Grund und Boden erkaufen, massenhaft wurden sie expropriiert, und der ostelbische Großgrundbesitz ging riesenhaft bereichert aus diesem Prozeß der Entstehung des freien bäuerlichen Eigentums hervor.

Die erwachende politische Bewegung konnte in dem damaligen wirtschaftlich schwachen Bauernstand keinen Rückhalt finden. Nicht zum mindesten scheiterte die Volkserhebung des Jahres 1848 an der Passivität des Bauernstandes. Ein großes und freies Deutschland erstand nicht, der ostelbische junkerliche Großgrundbesitz behielt die Herrschaft im Staate, der Deutschland zerklüftende Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen vertiefte und erweiterte sich unheilvoll und machte Väterchen zum eigentlichen Schiedsrichter in allen deutschen Grundfragen. Die Massen des Bürgertums und Landvolks geboten in ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationslosigkeit nicht über die notwendige Macht zur Durchsetzung ihrer die Wirtschaft und den Staat umgestaltenden Lebensinteressen.

Abermals naht sich jetzt für das deutsche Staatswesen eine weltgeschichtliche Schicksalsstunde. Vor hundert Jahren wurde der Staat durch die Not der Zeit zur Bauernbefreiung gedrängt, jetzt steht er vor dem Problem der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der schaffenden Arbeit. Soll dieses Problem abermals auf Kosten der nach Befreiung dürstenden Volksgruppen gelöst werden? Soll sich der Landarbeiter zum freien ländlichen Produzenten nur dadurch erheben, daß er sich mit blutsauern Opfern eine kleine Scholle erkauft, sollen die Arbeiter und Angestellten erst durch lange, erbitterte Kämpfe die Macht der „Herren im Hause" zerbrechen, soll die Schuldenlast des durch den Weltkrieg völlig ausgepowerten Staates auf die Schultern der schaffenden Arbeiter oder auf die der Großkapitalisten gepackt werden?

Ist der Staat ebenso einsichtslos wie vor einem Jahrhundert, so wiederholt sich die Geschichte der 30er und 40er Jahre — allerdings mit dem großen Unterschied, daß dem Staate heute eine organisierte Massenbewegung der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern gegenübersteht, die ganz andere Machtmittel zur Durchsetzung ihrer Forderung hat, als die aufkommenden Klassen in der ersten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts besaßen. Der Staat wird sich wohl oder übel zu einem Eingriff in die kapitalistische Wirtschaft im Interesse der Befreiung der arbeitenden Klassen der Gesellschaft und zu seiner eigenen Erlösung aus den Banden der Kapitalknechtschaft entschließen müssen.

Schon heute vertreten Männer der Wissenschaft, der Industrie und des Handels die Vermögensabgabe. Möge er sich zu diesem Eingriff verstehen, bevor er durch eine katastrophale Zuspitzung seiner wirtschaftlichen Not hierzu direkt gezwungen wird, möge er aus der bisherigen tragischen Geschichte staatlicher und wirtschaftlicher Umwälzungen lernen.

Im Hinblick auf dieses Kapitel der Menschheitstragödie schreibt Rud. Goldscheid in seiner Schrift „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus?":

> Wiegen wir uns nur ja nicht in Illusionen hinsichtlich dessen, was die nächste Zukunft an Gefahren in sich birgt! Nur allzu leicht kann nach dem Kriege die ganze Staatsmaschinerie in der Hauptsache zu einer Konkursverwaltung werden, in der das Proletariat wie der Bankerotteur behandelt wird, während das syndizierte Großkapital sich die dankbare Rolle des Gläubigers, richtiger des Masseverwalters, zuschiebt. Trotz aller Feindseligkeit zwischen den kriegführenden Ländern ist die Situation die gleiche: der Staat wird damit betraut, völlig in der Liquidierung der Verluste der Vergangenheit aufzugehen, das syndizierte Großkapital hingegen beschäftigt sich ausschließlich mit der Sicherung der Gewinne der Zukunft. . . .
>
> Gegen diese Politik kann sich das Proletariat mit Erfolg nur wehren, wenn es neben der Forderung der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, für die sein Maximalprogramm eintritt, die Forderung der Aufhebung der Staatsschulden in dem Sinne als Kernpunkt in sein Minimalprogramm aufnimmt, daß es sich mit allen Kräften dafür einsetzt, den Staat dazu zu verhalten, zumindestens so viel werbendes Privateigentum in öffentliches Eigentum umzuwandeln, als notwendig ist, damit er völlig schuldenfrei wird. Nichts erleichtert die Uebernahme der Produktionsmittel durch die Gesellschaft jedenfalls mehr, als die Gewöhnung des Staates an Eigenwirtschaft, als der Zwang zu sozialer kaufmännischer Tätigkeit durch die fortschreitend wachsende Größe der öffentlichen Tätigkeit . . .
>
> Mit keiner Forderung ist das Volk je an den Staat herangetreten, ohne lange Zeit hindurch von ihm etwas anderes zu erfahren als kalte und schroffe Ablehnung. Immer verwies der Staat das Volk bestenfalls zunächst auf Selbsthilfe und war zugleich bemüht, ihm diese mit allen Mitteln zu erschweren. Aber immer kam dann schließlich der Tag, wo der Staat das, was er um des Volkes willen zu tun verweigert, in der Not aus unabweisbarem eigenem Interesse heraus in Angriff nehmen mußte. Nicht nur Gottes Mühlen, auch des Volkes Mühlen mahlen eben langsam, aber sicher. Und stets waren es veränderte Wirtschaftsverhältnisse des Staates, welche die fundamentalen Veränderungen seiner Beziehungen zum Volke hervorriefen. Seine eigenen Lebensnotwendigkeiten zwangen ihn im Verlauf, den Weg einzuschlagen, der zugleich in der Richtung der Volksnotwendigkeiten liegt.
>
> So war es mit der Erweiterung der politischen Rechte des Volkes, so war es bei Arbeiterschutz, Sozialhygiene und Sozialversicherung, so war es bei der Verstaatlichung der großen Verkehrsunternehmungen, und nicht anders wird es künftig bei aller weitgehenden Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen . . . . sein. Aus der Not des Staates wird das geboren werden, was aus der Not des Volkes vergeblich ans Licht rang. . . .
>
> Und nun kam der Krieg und hatte ihm eine Schuldenlast auf, die noch weit mehr als je zuvor seine gesamte Existenz davon abhängig macht, ob es ihm gelingt, sich neue Einnahmequellen reichster Ertragsfähigkeit zu schaffen. Hierdurch wird er erst recht genötigt sein, es nicht länger der Privatwirtschaft allein zu überlassen, aus der Gütterversorgung der Bevölkerung große Profite zu ziehen, er wird ihr vielmehr einen immer größeren Teil dieses lukrativen Geschäfts abnehmen, und soweit er das tut, diesen Teil der Güterversorgung der Bevölkerung demokratischer Kontrolle unterstellen.

Goldscheid fordert als Vermögensabgabe ein Drittel des privaten werbenden Vermögens. Unter Schonung natürlich der kleinen Vermögen. Er schrickt nicht davor zurück, diese Forderung auch gegenüber dem Großgrundbesitz zu erheben, zu erheben gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit der inneren Kolonisation:

> Wird der Ausbau der inneren Kolonisation nicht immer lauter als eine unentbehrliche Voraussetzung der Ertragssteigerung der verfügbaren Bodenfläche, wie der Mehrung und Ertüchtigung der Volkskraft bezeichnet, und wer wäre — angesichts des mannigfachen Versagens der Versuche mit Wertzuwachssteuer und ähnlichem in dieser Richtung — eher befähigt, dieses Postulat zur Erfüllung zu bringen, als ein Staat, der selber Eigentümer eines großen Teils des vaterländischen Bodens geworden ist? Die reichsten Möglichkeiten sind sicherlich für den Staat gegeben, besonders der Eigenart der landwirtschaftlichen Produktion gerecht zu werden, wenn er erst selbst Grundeigentümer größten Stiles geworden ist, und am wenigsten wird ein nicht mehr von unerträglichster Finanznot in all seinem Sein und Tun bestimmter Staat es außer acht lassen, die kleinen Bauern, die — durch ihren Besitz zur Selbstversorgung befähigt — national die am festesten gewurzelte Bevölkerung darstellen, mit der allergrößten Schonung zu behandeln.

Zu einer „Not"wendigkeit wird die politische und sozialökonomische Umwandlung des Staates an Haupt und Gliedern werden. Sie wird durch den allgemeinen Zustand erzwungen, in dem der menschenmörderische und wohlstandzerstörende Weltkrieg den Staat zurücklassen wird. Eine Schuldenlast von mehr als hundert Milliarden drückt auf ihn, die notwendigsten Rohstoffe fehlen seiner Industrie, der Abnehmerkreis für diese hat sich gewaltsam verengt, die Arbeitslosigkeit wird zum Teil groß und fordert die Ueberleitung zahlreicher Gruppen von Industrieproletariern in andere Berufe, die Nachfrage nach Lebens- und Genußmitteln ist ins Riesenhafte gewachsen und heischt eine schnelle und durchgreifende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Innenkolonisation.

Diese Aufgaben kann unmöglich ein kapitalistisch orientierter Staat im Interesse und zugunsten der hand- und kopfarbeitenden Volksmassen lösen. Ein kapitalistisch gerichteter Staat wird notwendigerweise alle diese Aufgaben zum Nachteil des Volkes lösen und die an sich schon hochgesteigerte Ausbeutung und Unterdrückung der Massen noch beträchtlich vermehren. Das bedeutet aber eine dauernde Schädigung der lebendigen Produktivkraft der Nation: die körperliche und geistige Erschöpfung der Arbeiter, die dauernde Schwächung der Arterhaltung (Einstellung der Fortpflanzung), massenhafte Auswanderung der besten und leistungsfähigsten Arbeiter und Angestellten.

Das deutsche Staatswesen steht also vor der Wahl: Soll es die bisherigen führenden kapitalkräftigen Gruppen weiter auf Kosten des Volkes begünstigen und die Massen einer wachsenden physischen Verelendung verfallen lassen, oder soll es die wirtschaftliche und politische Machtfülle der bisher herrschenden Klassen einschränken und den Aufstieg einer starken und schaffensfreudigen Volksmehrheit begünstigen. Dieses Entweder-Oder kann heute nur zugunsten der breiten Volksschichten gelöst werden, denn das schaffende Volk in all seinen Schichten hat in den letzten hundert Jahren etwas gelernt. Es läßt sich heute nicht so behandeln, wie vor hundert Jahren die Bauern behandelt worden sind.

Die „Länder der Freiheit".

2½ Jahre lang hat die französische Sozialdemokratie jeder Wiederaufnahme der Tätigkeit des Internationalen Sozialistischen Bureaus ihr schroffes Nein entgegengesetzt. Unter dem Eindruck der russischen Revolution mußte sie ihren Standpunkt ändern. Noch wenige Tage vor der Pfingsttagung des Nationalrates (Parteiausschusses) der französischen Sozialdemokratie konnte es zweifelhaft sein, ob sie für oder gegen Stockholm Stellung nehmen würde. Da kamen Cachin und Moutet aus Petersburg zurück und gaben Kunde, daß Rußland in seiner Gesamtheit den Krieg weder fortsetzen wolle noch könne und auf einen raschen Gerechtigkeitsfrieden dränge. Einstimmig wurde daraufhin die Entsendung von Delegierten nach Stockholm beschlossen. Der Nationalrat der französischen Sozialdemokratie legte dem Wechsel seiner Haltung die größte Bedeutung bei. Der Schluß der Sitzung, in welcher diese Entscheidung fiel, gestaltete sich zu einer ergreifenden Demonstration für das internationale Solidaritätsgefühl. Nach den Berichten der französischen Parteiblätter hatten viele Delegierte Tränen in den Augen, als nach der einmütigen Kundgebung für Stockholm der Gesang der „Internationale" ertönte und Hochrufe auf Jaures die Tagung beendeten.

Und jetzt hat das französische Ministerium Ribot den französischen Sozialisten die Pässe für Stockholm verweigert! **Der Friede dürfe nicht das Werk einer Partei sein,** sondern nur **ein französischer Friede;** nur die Regierung könne das Land vertreten, und nur aus dem Siege dürfe der Friede hervorgehen; in diesem Endabschnitte des Krieges müsse Frankreich alle seine Energien zusammenraffen und niemand dürfe sich in dieser Stunde mit dem Feinde besprechen. So sprach der französische Ministerpräsident, und eine große Mehrheit der Kammer jubelte ihm zu. **Nach Stockholm zu reisen wird keinem französischen Sozialisten erlaubt;** auch Pässe nach Petersburg werden ihnen erst wieder gegeben, wenn die Stockholmer Zusammenkünfte beendet sind.

Was die französische Sozialdemokratie auf diesen Schlag ins Gesicht antworten wird, ist ihre Sache, nicht unsere. Wir haben uns nie angemaßt, ihr Vorschriften über die Stellungnahme zur französischen Regierung und Landesverteidigung zu machen. Aber wir müssen in diesem Augenblicke daran erinnern, daß noch vor 6 Wochen, unter dem Vorgeben, daß die deutsche Regierung die Friedensbrecherin und das Hindernis der Wiederherstellung des Friedens sei, die französische Sozialdemokratie von uns „entscheidende Handlungen" verlangt hat. Solche Forderung ist nun gewiß leichter aufgestellt als erfüllt; und es ist ganz gewiß bequemer, von anderen eine große Leistung zu fordern, als sie selbst zu vollbringen. Aber immerhin scheinen uns die hohen Ansprüche, welche die französischen Sozialdemokraten an uns gestellt haben, auch sie zu verpflichten.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die Paßverweigerung der französischen Regierung für die Erkenntnis der gesamten Kriegslage. Wiederum hat sich klar herausgestellt, noch viel deutlicher als nach dem deutschen Friedensangebot vom Dezember 1916, daß die Weststaaten der Entente keinen Ausgleichs- und Verständigungsfrieden wollen. Sehr treffend hat Scheidemann in seiner letzten großen Reichstagsrede diese Hazardspieler gekennzeichnet, die nach unzähligen Verlusten und Fehlschlägen auch den letzten Groschen auf den Spieltisch werfen — die Groschen sind hier Tausende von Männerleben — und am liebsten noch Weib und Kind zum Einsatz brächten, nur um das verzweifelte Vabanquespiel noch auf kurze Frist fortzusetzen. Das ist Desperadopolitik, Verzweiflungstaktik, die trotz alledem den Gewinn erzwingen will. Nun hat der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die restlose Gewißheit in den Händen, daß die westlichen Entente-Staaten keinen Gerechtigkeitsfrieden wollen. Er wird daraus seine Schlüsse zu ziehen haben.

Die Länder, die angeblich für Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der Völker kämpfen, insbesondere Frankreich und Amerika, verweigern ihren Völkern das Recht, etwas für den Frieden zu tun. Sie sollen nur Schlachtvieh abgeben, die Entscheidung über Krieg und Frieden aber der Regierung überlassen und sich nicht in die Politik einmischen. Nur die englische Arbeiterpartei ist so gut erzogen, daß sie gar nichts für den Frieden tun will — gegen sie braucht selbst die kriegsentschlossene Westmächtlerei keine Zwangsmaßregeln. Gewiß konnte in Stockholm nicht der Friede geschlossen werden; dazu hatte keine sozialistische Partei Vollmacht von ihrer Regierung. Stockholm war zunächst nur ein Parteiunternehmen, das hatte gerade zu Beginn der vorigen Woche der Wortführer unserer deutsch-österreichischen Genossen Dr. Karl Renner in Unterredungen mit Pressevertretern sehr scharf hervorgehoben. Aber nachdem drei Jahre hindurch die deutschen Waffen vergeblich den deutschen Frieden, die französischen Waffen vergeblich den französischen Frieden zu erkämpfen versucht hatten und nachdem es feststand, daß dieser von einem Sieger willkürlich diktierte Gewaltfriede noch weiter auf unabsehbare lange Zeit und entsetzliche Opfer kosten würde, war die durch Stockholm geschaffene Möglichkeit eines sozialistischen Gerechtigkeitsfriedens die einzige nahe und greifbare Friedensaussicht. Die

französische Paßverweigerung hat diese Hoffnung, die von der Sehnsucht von Millionen leidender Menschen getragen wurde, ernsthaft beeinträchtigt; sie zu zerstören liegt nicht in der Macht eines Staates.

Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre Pflicht für den Frieden getan und wird sie weiter in leidenschaftlicher Hingabe an unsere Ideale erfüllen. Ribots und Wilsons Paßverweigerung beweisen uns, daß wir der Notwendigkeit noch nicht überhoben sind, dabei auch in vollem Ernste an die Verteidigung Deutschlands gegen den feindlichen Niederwerfungs- und Vernichtungswillen anzukämpfen. Das Werk von Stockholm wird trotzdem fortgesetzt, und es wird schließlich doch zu einem guten Ende führen.

*

Die bezeichnenderweise von einem Teile der deutschen Presse wegen der Paßverweigerung begrüßte Rede Ribots wird von der „Agence Havas" wie folgt wiedergegeben:

In seiner Rede erinnerte Ministerpräsident Ribot daran, daß seit einger Zeit von dem Plane einer zwischenstaatlichen Zusammenkunft die Rede sei. Die Sozialisten aller Länder, deutsche und österreichische mit eingeschlossen, sollten zusammentreten. Dieser Plan, fuhr Ribot fort, entstand nicht in Frankreich. Er hatte schon das Ergebnis, die öffentliche Meinung zu verwirren und die sozialistische Partei selbst zu spalten. Der erste Uebelstand einer solchen Zusammenkunft ist, daß sie die Vermutung aufkommen lassen könnte, eine Partei könnte den Anspruch haben, sich an Stelle der Regierung zu setzen. Der Friede von morgen kann nicht das Werk einer Partei sein, und möge es sein welche es wolle. Wenn die Sozialisten zusammenkämen, um die Kriegsziele zu prüfen, so würden morgen die Katholiken dasselbe Recht haben. **Der Friede kann nur ein französischer Friede sein.** Er wird die Hoffnungen des ganzen Landes kurz zusammenfassen müssen. Wer kann das Land vertreten? Die Regierung ist es, die mit den Kammern zusammenarbeitet, und die Kammern, wenn der Augenblick gekommen sein wird, darum ersuchen wir, sie mit Ratschlägen zu unterstützen, durch die Vermittlung ihrer Ausschüsse, denen sie alles mitteilen wird. So werden wir handeln müssen. Ich bin sicher, daß das die Meinung des ganzen Landes ist. Kann man sich in dieser Stunde mit jenen, die unsere Feinde sind, besprechen? Mit denen, die nicht ein Wort hatten, um ein Verbrechen zu mißbilligen? Jetzt, wo ein Teil des Landes noch durch den Feind besetzt ist, kann man da mit ihm Besprechungen abhalten? Die Regierung, die sich der Verantwortlichkeiten bewußt ist, weiß, daß, wenn ein derartiger Plan Wirklichkeit würde, er in der öffentlichen Meinung Verwirrung hervorrufen würde. In dieser Stunde ist es erforderlich, daß das Land in dem Endabschnitt des Krieges alle Energien sammelt. **Wenn man dem Lande glauben machen würde, daß ein naher Frieden aus derartigen Zusammenkünften hervorgehen kann, welche Ergebnisse hätte dies? Nein, der Friede kann nur aus einem Siege hervorgehen.** (Diese Versicherung entfesselte, wie Havas meldet, auf allen Bänken, außer auf einem Teile der äußersten Linken, außerordentliche Begeisterung. Die Abgeordneten erhoben sich und brachten dem Redner eine Huldigung dar.) Was würde man auf der anderen Seite des Ozeans denken, in der Republik der Vereinigten Staaten, wo man sich vorbereitet, uns so wertvolle Hilfe zu bringen. Nein, meine Herren, die Regierung kann sich nicht einen derartigen Präzedenzfall schaffen lassen; **sie darf nicht die Verantwortung dafür übernehmen, die Reise nach Stockholm zu genehmigen und zu erleichtern.** Sie kann dabei keinen Zweifel haben an dem Patriotismus unserer Kollegen. (Ribot wies dabei auf die Sozialisten.) Ribot brachte dann den Gefühlen seine Huldigung dar, welche die russischen Verbündeten Frankreichs beseele. Diese werden, fuhr Ribot fort, sicherlich die Gründe begreifen, die in der gegenwärtigen Stunde gewisse Unterhaltungen nicht gestatten. Die französische Regierung hatte bereits Gelegenheit, ihrem Mitgefühl und Bewunderung für die mutigen Männer Ausdruck zu geben, welche die russische Regierung in die Hand genommen, und die französische Regierung vernachlässigte nichts, um der russischen Regierung, wozu sie die französischen Minister entsandte, wirksame Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir werden weiterhin die engsten Beziehungen zu der russischen Regierung unterhalten. Wir entsandten bereits nach Petersburg drei Ihrer Mitglieder, wovon zwei zurückgekehrt sind. **Wir werden auch Pässe zur Reise nach Petersburg ausstellen, wenn die Zusammenkunft in Stockholm von der Bildfläche verschwunden sein wird.** (Lebhafter Widerspruch, ironische Ausrufe der äußersten Linken.) Ich sagte: Die Regierung würde die Pässe nach Petersburg ausstellen, **wenn die Franzosen bei der Reise durch Stockholm nicht Gefahr laufen würden, wider Willen mit den Agenten des Feindes zusammenzutreffen.** Wir können **nicht die öffentliche Meinung** durch diese **verfrühten Friedensgerüchte in Verwirrung bringen lassen.** Wir wissen, woher diese stammen. Der Feldzug wurde mit frecher Kühnheit begonnen und, sagte man nicht, daß mit Rußland ein Angriffsbündnis und nicht ein Verteidigungsbündnis bestehe, und daß der Präsident der Republik selbst es aufhetzte? Das in eine Niederträchtigkeit. Und damit sich niemand einer Täuschung hingibt, habe ich die Absicht, **mit Zustimmung der russischen Regierung alle Dokumente ohne Ausnahme zu veröffentlichen.**

Ribot legte weiter dar, daß der abscheuliche Feldzug die Streits auszubeuten versuche, welche ihr Entstehen nur den Schwierigkeiten des Lebens verdanken. Die Regierung, schloß Ribot, ist überzeugt, daß sich die öffentliche Meinung nicht verwirren lassen wird. Die Kammer und das Land werden die Pflichten nicht vernachlässigen. — Die Rede wurde sehr von einem Teil der äußersten Linken mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Sämtliche Parteien des Senates nahmen in einer gemeinschaftlichen Sitzung ihrer Vertreter einstimmig folgenden Beschluß an: Alle Senatsgruppen erklären, daß die verantwortliche Regierung allein das Recht hat, über Fragen, welche das Dasein und die Würde des Vaterlandes angehen, außerhalb des Landes zu verhandeln und beschließen, und beauftragen, die Regierung über die Haltung, die sie bezüglich der Stockholmer Konferenz einzunehmen gedenke, zu befragen. Infolge dieses Beschlusses ist eine Anfrage, gezeichnet von den Obmännern aller Senatsgruppen eingebracht worden.

Stockholm.

Wie Marcell Cachin im französischen Nationalrat mitteilte, hat Branting ihm den Text eines Fragebogens übergeben, der am 19. Mai von dem holländisch-schwedischen Komitee in Stockholm entworfen und an jede nationale Sektion der Internationale abgesandt worden ist. Dieses Programm für die Erörterungen in Stockholm lautet folgendermaßen:

I. Friedensbedingungen. a) Allgemeine Grundlagen des Friedens: Das Recht der Völker, über sich selber frei zu verfügen, Autonomie der Nationalität, Annexionen, Kriegsentschädigungen, Wiedergutmachung. b) Anwendung dieser Grundsätze auf konkrete Fälle: 1. Belgien, Serbien, andere Balkanländer, Polen, Finnland, Elsaß-Lothringen, Nord-Schleswig, Armenien. 2. Litauen, Ukraine, die Tschechen, Juden. 3. Die Kolonien.

II. Elementare Grundsätze der internationalen Beziehungen. a) Völkerrecht: Internationale Ordnung, internationale Schiedsgerichte, obligatorische Untersuchungsfrist in Konfliktfällen, andere Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens (League to enforce peace = Bund zur Erzwingung des Friedens). Sanktionen, Zwangsmaßregeln. b) Abrüstung und Freiheit der Meere. c) Mittel zur Befriedigung notwendiger Bedürfnisse nach wirtschaftlicher Ausdehnung ohne Gebietserweiterungen (Internationalisierung der internationalen Verkehrswege, Meerengen, Kanäle, Hauptteisenbahnen usw.) d) Abschaffung der geheimen Diplomatie.

III. Praktische Verwirklichung dieser Ziele. a) In welchem Maße dürfen diese Fragen bei den Friedensverhandlungen behandelt werden? b) Sollen Studienkommissionen ernannt werden, um die Lösung gewisser Fragen vorzubereiten?

IV. Aktion der Internationale und der Demokratie. a) Mitarbeit der Neutralen am Frieden. b) Direkte Mitarbeit der Parlamente. c) Mitarbeit der sozialistischen Parteien. d) Ergreifung von Maßregeln durch die Internationale, um während der Vorbereitung der Verhandlungen und während der Tagung der offiziellen Konferenzen, die mit der Aufstellung der Friedensbedingungen beauftragt sind, einen ständigen Einfluß auszuüben.

V. Allgemeine sozialistische Konferenz. a) Ist man bereit, an einer allgemeinen Konferenz teilzunehmen? 1. Ohne Bedingungen? 2. Wenn nicht, unter welchen Bedingungen? b) Bericht über die Haltung der sozialistischen Partei während des Krieges; die Frage der Verantwortlichkeit? c) Mehrheit und Minderheit.

Der skandinavische Ausschuß der Stockholmer Konferenz telegraphierte Freitag an den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg, daß die Absicht bestehe, möglichst bald eine allgemeine Konferenz aller sozialdemokratischen Parteien der neutralen Länder, der Ententeländer und der Mittelmächte einzuberufen. Es sei unmöglich, den Zeitpunkt für die Zusammenkunft festzusetzen, bevor man sich mit den Vertretern der russischen, englischen und französischen Sozialdemokratie beraten habe. Die russischen Abgeordneten werden daher aufgefordert, zwischen dem 10. Juni und dem 15. Juni in Stockholm zu sein. Im gleichen Sinne wurde auch an Tseretelli und Axelrod telegraphiert. Die Vorberatung mit einer Mehrheitsgruppe der deutschen Sozialdemokratie soll am 4. Juni beginnen.

Der ausführende Ausschuß der englischen Arbeiterpartei beschloß formell, eine Abordnung nach Petersburg zu senden, die auf dem Wege dahin Stockholm besuchen soll. Sind die Engländer erst einmal in der schwedischen Hauptstadt, dann werden sie sich auch schon bereit finden lassen, zu verhandeln.

Der holländisch-skandinavische Ausschuß erhielt folgende Erklärung der zentralistischen Sozialistenpartei Böhmens, als ergänzende Erklärung der sozialistischen Partei Oesterreichs:

Die sozialistische Partei Böhmens schließt sich im allgemeinen den von der deutsch-österreichischen Abordnung ausgedrückten Gesichtspunkten an; sie ist für einen Frieden ohne Annexionen, ohne Kriegsentschädigungen und ohne Demütigung irgendeines Volkes. Sie beklagt, daß der Krieg mehreren Nationen schwere Prüfungen auferlegte, und betrachtet die völlige Wiederherstellung ihrer Länder nicht nur als gebieterische Pflicht nach aller Auffassung von Moral und Gerechtigkeit, sondern auch als notwendig für die Zukunft Europas. Belgien, Serbien und Rumänien müssen wiederauferstehen. Uebrigens muß der Friede allen Völkern die Möglichkeit einer freien Entwickelung geben in nationaler, kultureller und ökonomischer Hinsicht. Dieses Recht darf nicht vermindert werden, besonders was das tschechische Volk betrifft. Dieses forderte vollständige Autonomie und Freiheit und ist auch dazu berechtigt. Diese Politik wird am besten durch die Demokratisierung und Umbildung Oesterreichs nach dem von der sozialistischen Partei ausgearbeiteten Nationalitätenprogramm durchgeführt werden. Wir wollen die Verwirklichung dieser Aufgabe in der Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen und proletarischen Organisationen unseres Landes verfolgen. Ab den ersten Tagen des Weltbrandes waren wir der Meinung, daß es die Pflicht der Internationale sei, alles mögliche zu tun, um dem Totschlagen ein Ende zu setzen. Die Einberufung der Stockholmer Konferenz näherte uns diesem Ziele. Wir erwarten davon nicht nur die Wiederherstellung der Internationale, sondern auch die gleichzeitige Verbreitung des allgemeinen Friedensgedankens. Die Beleuchtung der Fragen, deren Lösung in dem Friedenstraktat enthalten sein soll, wird es ermöglichen, die allgemeinen Bestrebungen der Arbeiterklasse hervorzuheben, die allgemeinen Friedensbedingungen genau festzulegen, die Hindernisse und Mißverständnisse zu beseitigen. Sie wird die Dauer des Krieges verkürzen können, der sich noch zu verlängern droht, wenn die organisierten Arbeiter sich nicht wiederfinden.

Die Erklärungen der österreichischen und ungarischen Genossen in Stockholm gefallen manchen Herrschaften in der Doppelmonarchie nicht. So hält die österreichische Regierung völlig überflüssig darauf hinweisen, daß das Vorgehen der österreichischen Sozialisten weder im Namen noch im Auftrage der k. und k. Regierung erfolgt. Und das ungarische Korrespondenzbureau läßt sich aus der ungarischen Regierung nahestehenden Kreisen melden, daß die neuesten Nachrichten betreffend die Haltung der ungarischen Sozialisten in diesen Kreisen einen betrübenden Eindruck machen. Die ungarische Regierung war der Hoffnung, daß die Sozialisten der Mittelmächte durch eine unmittelbare Berührung mit den russischen Arbeiterführern viele Mißverständnisse zerstreuen und den Umtrieben der englandfreundlichen russischen Kreise entgegenwirken könnten. Infolgedessen nahm jeder maßgebende Faktor mit Wohlwollen den Gedanken einer zwischenstaatlichen Annäherung der Sozialisten auf, und man sah gern, daß auf der Stockholmer Zusammenkunft auch die Führer der ungarischen Sozialisten erschienen. Zahlreiche Entgleisungen in den Aeußerungen dieser Führer berührten nun auch ein solches Gebiet, auf dem die ungarischen Sozialisten für eine durchaus unannehmbare Lösung in solchen Fragen eingetreten waren, die für unsere deutschen Bundesgenossen und für Oesterreich von äußerster Wichtigkeit sind. Auch sie haben in bezug auf die Nationalitätenfrage und auf die Entschädigung für Serbien einen fast unglaublich erscheinenden Standpunkt eingenommen.

Unsere Genossen, die in Stockholm versammelt sind, werden bei ihren Entschlüssen nicht erst darnach fragen, ob diese den Regierungen ihrer Länder gefallen oder nicht. Sie sind keine „Regierungssozialisten"!

Die Kriegslage.

Im Wytschaete-Abschnitt steigerte sich das englische Artilleriefeuer im Laufe des 2. Juni zu gewaltigem Zerstörungsfeuer. Bei St. Eloi, Wytschaete, Messines und westlich von Warneton lag es mit schwerstem Kaliber trommelfeuerartig auf den deutschen Gräben und dem Hintergelände. Die deutschen Batterien und Minenwerfer erwiderten kräftigst das Feuer. An zahlreichen Stellen wurden Explosionen beobachtet. An der Artois-Front nahm das Artilleriefeuer erst am Nachmittage des 2. Juni größere Heftigkeit an. In der Mitternacht zum 3. Juni griffen die Kanadier beiderseits des Souchez-Baches an. An einzelnen Stellen drangen sie in die Gräben ein. Deutscherseits wurden hierbei Gefangene gemacht. Ebenso wurde ein gleichzeitiger Angriff nördlich der Scarpe, wo die Engländer in dichten Haufen vorbrachen, abgewiesen. Das gleiche Schicksal hatte die Wiederholung der Angriffe um 2 Uhr morgens. Auch bei Bullecourt wurden englische Stoßtrupps abgewiesen. — Die Beute bei Lassigny aus dem deutschen Bericht vom 1. Juni beträgt 5 Maschinengewehre, 25 Schnellladegewehre und 400 Gewehre. Die Gefangenenzahl erhöhte sich auf 4 Offiziere und 194 Mann. Südlich von Filain brachte eine Patrouille zwei Flammenwerfer ein. Außerdem wurden an zahlreichen anderen Stellen durch deutsche Patrouillen in der Nacht zum 3. Juni Gefangene gemacht, so bei Cerny, in Gegend Berry au Bac, auf der Combres-Höhe und bei Lenons. Deutsche Bomben, die über Maizy an der Aisne abgeworfen wurden, trafen auf eine am Marktplatz haltende Munitionskolonne, deren Wagen hintereinander mit hellstem Feuerschein explodierten.

An der Ostfront war das Feuer am 2. Juni lebhafter westlich von Luck, südlich von Brody und südlich von Brzezany sowie an verschiedenen Stellen der Karpathen-Front. Annäherungsversuche starker feindlicher Abteilungen bei Voloscany wurden in den Morgenstunden des 2. Juni sowie in der Nacht zum 3. Juni abgewiesen, desgleichen nächtliche Vorstöße zweier rumänischer Kompagnien, die mit schweren blutigen Verlusten unter Zurücklassung von Gefangenen zurückfluteten.

An der mazedonischen Front hielt die Ruhe an. Feindliche Vorstöße bei Alchak-Mah sowie südlich von Huma wurden von den Bulgaren abgewiesen.

*

WTB. Großes Hauptquartier, 3. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Wytschaete-Abschnitt hat der starke Artilleriekampf auch gestern angehalten.

Zwischen Lens und Queant war gleichfalls die Feuertätigkeit lebhaft. Nachts griffen die Engländer bei Loos, am Souchez-Bach und nordöstlich von Monchy an. Sie wurden abgewiesen; in verschiedenen Grabenstücken wird südwestlich von Lens noch gekämpft.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Gefechtstätigkeit an der Aisne und in der Champagne war im allgemeinen gering.

Erkundungsstöße unserer Sturmtrupps brachten am Chemin des Dames südöstlich von Filain mehrere Flammenwerfer, an der Aisne 15 Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf dem rechten Maas-Ufer wurden bei Haudiomont, Combres und St. Mihiel mehrere französische Aufklärungs-Abteilungen zurückgeschlagen.

*

In der Nacht zum 1. Juni bewarfen englische Flieger ein im Etappengebiet befindliches Lager mit Bomben, die von den französischen Gefangenen einen Mann töteten und 91 verwundeten.

Unsere Fluggeschwader haben auf der Arras- und Aisne-Front mit erkannter Wirkung Bomben auf Bahnanlagen, Munitions- und Truppenlager abgeworfen.

Im Luftkampf und durch Abwehrfeuer haben die Gegner gestern 10 Flugzeuge verloren.

Auf dem

Oestlichen Kriegsschauplatz

ist die Gesamtlage unverändert.

In der Moldau sind in den beiden letzten Nächten zwischen Susita- und Putna-Tal rumänische Vorstöße abgewiesen worden.

Mazedonische Front.

Westlich des Wardar sind südlich von Huma und bei Alchak-Mah Angriffe mehrerer feindlicher Kompagnien vor den bulgarischen Stellungen verlustreich gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

* * *

Berlin, 3. Juni, abends. (Amtlich.)

Im Wytschaete-Bogen stärkster Feuerkampf.

* * *

Wien 2. Juni. (Amtlich.)

Oestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Heute früh scheiterte bei Görz ein feindlicher Ueberfall. Sonst am Isonzo nur Geschützkampf und sehr rege Fliegertätigkeit. Unsere Kampfflieger schossen im Luftkampf zwei feindliche Flugzeuge ab. An der Tiroler Front holten im Monat Mai unsere angriffsfreudigen Truppen 8 Offiziere, 728 Mann, 10 Maschinengewehre und 3 Granatwerfer aus den feindlichen Stellungen.

Ereignisse zur See.

Vom 31. Mai auf den 1. Juni herrschte im Golf von Triest und im angrenzenden Küstengebiet rege nächtliche Fliegertätigkeit, wobei unsere Seeflugzeuge die Bahnanlagen und andere militärische Objekte in Cervignano und San Giorgio di Nogaro mit beobachtetem Erfolg mit Bomben belegten. Feindliche Fliegerangriffe auf Triest und Umgebung töteten einen Knaben, Sachschaden wurde nicht angerichtet. Bei der nächtlichen Verfolgung gelang es unserem erfolgreichen Flieger, Linienschiffsleutnant Banfield, ein feindliches Flugzeug im feindlichen Bereich abzuschießen. Wir haben kein Flugzeug eingebüßt.

* * *

Wien, 3. Juni. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im Putna-Tal wurde ein Vorstoß rumänischer Truppen blutig abgeschlagen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im San Marco-Gebiet bei Görz warfen die Abteilungen des Hauptmannes Sonnenwend den Feind mit einem schneidigen Vorstoß aus seinen vorderen Gräben. Er ließ 10 Offiziere, 500 Mann und 4 Maschinengewehre in unserer Hand.

Italienische Flieger bewarfen Triest und andere istrienische Plätze mit Bomben. In Triest wurde eine Frau und ein Kind getötet. An der Südtiroler Front zahlreiche Luftkämpfe.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Frankreich und Belgien.

Gegnerische Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 2. Juni, nachmittags. Auf dem Chemin des Dames Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien im Abschnitt Hurtebise—Craonne—Cheveux. Einige schwache deutsche Versuche gegen verschiedene Punkte, besonders nordwestlich vom Gehöft Froidemont, westlich Cerny und auf einen kleinen Posten südlich Cheveux, den wir dem Feinde abgenommen hatten, wurden mühelos abgewiesen. In Gegend der Maashöhen glückte uns ein Handstreich östlich La Fieuterie, südöstlich Damloup. Wir brachten Gefangene ein. Die Nacht war sonst überall verhältnismäßig ruhig.

Englischer Heeresbericht vom 2. Juni. Die feindliche Artillerie war gegen die Stellungen bei Bullecourt und Vimy-Dorf tätig.

Abends: Die Artillerietätigkeit ging heute auf beiden Seiten an verschiedenen Punkten längs der Front weiter. Unsere Flugzeuge leisteten sehr wertvolle Arbeit. Gestern wurden sieben deutsche Flugzeuge abgeschossen; drei von den unseren werden vermißt.

Rußland.

Wahre Worte.

Der „Temps" meldet aus Petersburg: Das Organ des Arbeiter und Soldatenrates, „Isvestija", veröffentlicht einen Artikel als Erwiderung auf englische Blätter, die behaupteten, es gäbe

keine Verschiedenheit in der Auffassung zwischen Rußland und den Alliierten für die Formel „Keine Annexionen und keine Entschädigungen“. „Isvestija“ schreibt: Die russische Revolution wird nicht einen Mann opfern, um euch zu helfen und die geschichtlich gewordenen Ungerechtigkeiten, die auf eure Kosten begangen wurden, wieder gutzumachen. Wie steht es denn mit euren geschichtlichen Ungerechtigkeiten, nämlich Irland, Indien, Aegypten usw.? Wenn ihr die Gerechtigkeit so sehr wünscht, müßt ihr selber gerecht sein. Die russische Demokratie wird sich von euren schönen Redensarten nicht einfangen lassen, sie wird die Kastanien nicht für Engländer, Franzosen und Japaner aus dem Feuer holen. Seid wenigstens ebenso freimütig wie die Japaner, die für den äußersten Orient die Formel „Ohne Annexionen“ nicht zulassen wollen. Die russische Demokratie und die vorläufige Regierung werden den angenommenen Grundsätzen treu bleiben. Die alliierten Regierungen werden sich klar durch ja oder nein aussprechen müssen. Wenn ihre Antwort nein ist, werden sie die Verantwortlichkeit für alle Folgen übernehmen müssen und nur sich selbst anklagen können. Die Erklärungen der französischen und englischen Regierung können die Revolutionäre in Rußland nicht zufriedenstellen. Unsere Minister müssen darüber wachen, daß die sehr ernste Frage, ob Frieden oder Krieg, klar gelöst werde. Sie dürfen nicht zulassen, daß die Frage im Strom der diplomatischen Beredsamkeit ertränkt wird. — „Isvestija“ legte sodann seine Auffassung im einzelnen dar und erklärt, keinerlei Verfügungen können die Demokratie dazu veranlassen, den Krieg auch nur einen Tag zu verlängern, um eine beliebige Aenderung der Grenzen zu erzielen. Das Volk, das dem Gedanken einer freien Zone schon ziemlich günstig gesinnt ist, sei aber fest überzeugt, daß eine Befreiung der Unterdrückten nicht durch den Krieg, sondern durch den Frieden erzielt werde. Annexion bedeute unrechtmäßige Erwerbung eines Gebietes, das sich am Tage der Kriegserklärung im Besitz eines anderen Staates befand. Die Formel „ohne Annexionen“ bedeute, daß das Volk keinen Blutstropfen für eine derartige unrechtmäßige Erwerbung vergießen würde.

*

Kein Winterfeldzug.

Wie der „Djen“ erfährt, begibt sich in den nächsten Tagen eine von dem russischen Koalitionsministerium ernannte Sonderkommission nach den Vereinigten Staaten, um die Bundesregierung zu veranlassen, die Vermittelung bei den englisch-russischen und den japanisch-russischen Verhandlungen zu übernehmen. Die Mission soll die Union mit dem Standpunkt Rußlands vertraut machen und die Regierung in Washington davon in Kenntnis setzen, daß Rußland keineswegs geneigt sei, einen neuen Winterfeldzug zu unternehmen. Dieser Entschluß soll damit begründet werden, daß nicht nur die Lebensinteressen Rußlands einem Winterfeldzug widersprechen, sondern daß sich das Land im Zustand vollständiger Desorganisation befindet und daß die Armee den Frieden verlangt. Wie der „Djen“ weiter berichtet, könne Rußland, falls England auf seinen gegenwärtigen Forderungen beharre, seinen Bundesgenossen höchstens noch für einige Monate die Treue wahren.

Inwieweit diese Nachricht zutrifft, ist schwer zu sagen.

*

Miljukow

erklärte in einer Sitzung von Dumamitgliedern, daß er zum Rücktritt gezwungen worden sei. Die Sitzung entschloß sich, die Regierung dringend zu ersuchen, den Alliierten die Treue zu wahren.

*

Der russische Handelsminister

ist infolge Differenzen mit Skobolew zurückgetreten.

*

Die Festung Kronstadt bricht die Beziehungen zur provisorischen Regierung ab.

Reuter meldet aus Petersburg: Der Kronstädter A.-S.-Ausschuß faßte mit großer Mehrheit (210 gegen 40 Stimmen) den verhängnisvollen Entschluß, nämlich, daß zukünftig die Beziehungen zwischen Kronstadt und Petersburg sowie zu dem übrigen Rußland nur durch den A.-S.-Ausschuß in Petersburg zu vermitteln sind. Der Justizminister benachrichtigte seine Kollegen und unterhandelt durch die Vermittlung der Petersburger Ausschüsse mit dem Kronstädter Ausschuß. Er beabsichtigt, den Kronstädter Ausschuß zu bewegen, seinen Beschluß rückgängig zu machen und sich mit der Regierung ins Einvernehmen zu setzen. Es scheint, daß an dem Abend, wo diese folgenschwere Sitzung in Kronstadt stattfand, zwei extreme Sozialisten aus Petersburg dort ankamen.

Der Seekrieg.

Weitere Schiffsversenkungen.

WTB. Berlin, 2. Juni. (Amtlich.)

1. Im Atlantischen Ozean und im Kanal wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote 30 500 Br.-Reg.-To. vernichtet. Unter den Schiffen befanden sich u. a. zwei englische Dampfer, davon die Ladungen u. a. aus sieben Millionen Kilogramm Oel für die englische Kriegsmarine und aus 10 000 Ballen Baumwolle für England bestanden, ein großer französischer Dampfer mit unbekannter Ladung, sowie ein russischer Segler mit 8000 Tonnen Weizen für England.

2. Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer. Wieder wurden eine größere Anzahl von Dampfern und Seglern mit zusammen 33 700 Br.-Reg.-To. versenkt. Unter diesen Schiffen befanden sich u. a. der bewaffnete englische Dampfer „Harpagus“ (5866 To.) mit Oel und Mehl von Neuyork nach Marseille bestimmt, der bewaffnete englische Dampfer „Caspian“ (3606 To.) mit einer Salpeterladung von 5400 Tonnen für Italien aus Chile kommend, ein Dampfer, der mit einer vollen Ladung Schwefelsäure von Valencia nach Frankreich unterwegs war, der bewaffnete französische Dampfer „Italia“ (2305 To.), welcher den Postdienst von Korfu nach Tarent versah, ein bewaffneter englischer 3500 Tonnendampfer, ein bewaffneter französischer Dampfer, Typ „Biarritz“ (2452 To.), der vollbesetzte bewaffnete französische Transportdampfer „Medjorda“ (1918 To.), auf der Fahrt von Afrika nach Südfrankreich.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Nordamerikanische Flottenstützpunkte in Brasilien.

Lyoner Blätter erfahren aus Rio de Janeiro: Ein amerikanisches Geschwader traf heute in Rio de Janeiro ein. Es bestätigt sich, daß die Regierung entschlossen ist, die Vereinigten Staaten zur Errichtung mehrerer Flottenstützpunkte an der brasilianischen Küste zu ermächtigen.

*

Folgen der Seesperre.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 31. Mai, mittags, enthält in dem Markt- und Börsenbericht folgende Mitteilung: Der Schiffahrtsdienst der Peninsular and Oriental Dampfschiffahrtsgesellschaft zwischen dem äußersten Osten und Europa soll eingestellt werden bis Ende Juni, ebenso derjenige der Messageries Maritimes. Es handelt sich um zwei der größten englischen und französischen Schiffahrtsunternehmungen. Ihre Erklärung findet diese Nachricht in der dauernd wachsenden U-Boot-Gefahr im Mittelmeer und in der erhöhten Inanspruchnahme der Handelsflotte durch die Kriegführung und Lebensmittelversorgung.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 4. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Wytschaete-Bogen erreichte der Artilleriekampf gestern äußerste Heftigkeit. Er hielt bis in die Nacht an. Nahe der Küste, am La-Bassee-Kanal und beiderseits der Scarpe nahm nachmittags die Kampftätigkeit zu. Nachts folgten starke Feuerwellen und Vorstöße der Engländer bei Hulluch, westlich von Monchy und Cherisy. Sie sind überall abgewiesen worden.

Am Suchez-Bach verbliebene Engländernester wurden größtenteils gesäubert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Westpreußische und rheinische Regimenter führten am Winterberg bei Craonne eine gewaltsame Erkundung durch, bei der nach erbitterten Nahkämpfen 150 Franzosen und 15 Maschinengewehre in der Hand der Sturmtruppen blieben.

Am Westhang des Berges in unserer Stellung eingebogene französische Gräben wurden gegen starke Angriffe gehalten.

Heute nacht drangen Stoßkompagnien niederschlesischer Regimenter nordöstlich von Braye in französische Stellungen ein und nahmen mehr als 100 Mann gefangen. Auch hier wurden 15 Maschinengewehre erbeutet.

Beide Erkundungsvorstöße brachten wertvolle Feststellungen über den feindlichen Kräfteeinsatz.

In der Champagne wurde östlich des Pöhlberges ein Angriff mehrerer feindlicher Kompagnien durch Gegenstoß zum Scheitern gebracht.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Keine besonderen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Vorpostengefechte westlich des Wardars, am Doiran-See und in der Struma-Ebene verliefen für die bulgarischen Truppen günstig.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Bundespräsident Schultheß über die Neutralität der Schweiz.

Anläßlich der Jahresfeier des Eintritts Genfs in die Eidgenossenschaft hielt Bundespräsident Schultheß am Freitag abend eine große Rede, wobei er auch eingehend auf die wirtschaftliche Stellung der Schweiz und denn auch insbesondere der Schweiz zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu sprechen kam. Der Bundespräsident stellte dabei fest, daß entgegen allen möglichen Gerüchten bis jetzt in Amerika der Ausfuhr nach der Schweiz irgendein Hindernis nicht in den Weg gelegt worden sei; den Meldungen einer gewissen Presse, daß Amerika die Ausfuhr nach der Schweiz einschränken oder gar verbieten werde, vermöge er keinen Glauben zu schenken; für ein solches Vorgehen bestände auch keine Veranlassung, da die staatlichen Warenzufuhren, die aus Amerika kämen, den Bedingungen unterstellt seien, welche mit den Regierungen der Ententemächte zur Sicherung ihrer Interessen vereinbart worden seien. Die Schweiz halte ihre Verpflichtungen in aufrichtiger Weise. Der Bundespräsident legte daher feierlich Verwahrung ein gegen die Vorwürfe, die hin und wieder in törichter und grundloser Weise erhoben würden, als ob die Schweiz die ihr durch Frankreich und Italien oder aus Amerika zugeführten Waren benütze, um im Widerspruch mit ihren Zusicherungen die Gegner der Länder zu verproviantieren, die den Bezug und die Transporte dieser Waren der Schweiz ermöglichten. Zum Schluß seiner Rede betonte der Bundespräsident den festen Neutralitätswillen der Schweiz, bemerkte aber, daß die Anerkennung der Neutralität auch die Anerkennung des Rechtes der Existenz in sich schließe, da sonst die Garantien der Neutralität illusorisch wären.

*

Deutsche Flieger auf schwedischem Gebiet.

„Svenska Dagblad“ meldet: Freitag nachmittag überflogen zwei deutsche Flieger schwedisches Gebiet. Außerhalb von Landskrona begegneten sie dem Flieger Dr. Thulin, der sie für schwedische hielt und ihnen entgegengeflogen war, um sie zu begrüßen und zu beobachten. Eines der Flugzeuge eröffnete auf ihn ein Maschinengewehrfeuer. Thulin, der unbewaffnet war, mußte davonfliegen.

Wie das Berliner Wolffsche Bureau hierzu aus zuverlässiger Quelle erfährt, spielte sich der Vorfall so ab, daß zwei deutsche Flugzeuge beim Passieren des Sundes von Landskrona in einer Entfernung von 3000 Metern vom Land mit dem schwedischen Landflugzeug zusammentrafen. Das Landflugzeug bog darauf kurz ab. Es sind keinerlei Schüsse abgegeben worden.

Fürsorge für entlassene Heeresangehörige.

Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe hat den fünften Teilbericht über seine Beratungen herausgegeben. In dem Bericht wird die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft behandelt, und zwar: 1. Die militärische Demobilisation. 2. Die Organisation des Arbeitsnachweises. 3. Die Arbeitslosenunterstützung. Alle zu diesen drei Beratungsgruppen eingebrachten Petitionen, die eine Fülle von Vorschlägen enthalten, sind vom Ausschusse eingehend durchberaten worden.

Im Schlußantrag des Ausschusses heißt es: Der Reichskanzler ist zu ersuchen: 1. Dahin zu wirken, daß bei der erfolgenden Demobilisation die einberufenen Wehrpflichtigen gegen ihren Willen nicht länger im Dienste zurückbehalten werden, als dies im Heeresinteresse unbedingt erforderlich ist. 2. Dahin zu wirken, daß bei der erfolgenden Demobilisation folgende Grundsätze durchgeführt werden: a) Die Entlassung der Kriegsteilnehmer aus dem Heeresdienste ist dergestalt zu regeln, daß die für die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens und für die Instandsetzung unentbehrlicher Betriebe benötigten Gewerbetreibenden, Techniker, Werkmeister, Facharbeiter und Verwaltungsbeamte sofort entlassen werden. Ferner sind die Berufsangehörigen solcher Gewerbe vorzugsweise zu berücksichtigen, in denen sich starke Nachfrage nach Arbeitskräften geltend macht. Im übrigen soll jede Verzögerung der Entlassung vermieden werden. Die Rücksichtnahme auf Arbeitsmangel darf kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienste zu behalten. b) Die Entlassung soll nach dem Wohnort der Familie oder, bei Nachweis erlangter Beschäftigung, nach dem Arbeitsort erfolgen. c) Die Heeresbehörden sollen die Mannschaften zur Erlangung geeigneter Beschäftigung tunlichst unterstützen, insbesondere durch Hinweisung auf die zuständigen Arbeitsnachweise, Auskunfterteilung und Erleichterung des schriftlichen Verkehrs. d) Den vom Heeresdienst entlassenen Kriegsteilnehmern sind zu Zwecken der Erholung und der Ordnung ihrer häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse die seitherigen Dienstbezüge als Beurlaubte für einen vollen Monat weiter zu gewähren. e) Kriegsteilnehmern mit erheblich geschwächter Gesundheit, die aus dem Heeresdienste entlassen werden sollen, ist ein ausreichender Erholungsurlaub, nötigenfalls Kuraufenthalt und Verpflegung in einem Kurort oder Erholungsheim auf Kosten des Reiches zu gewähren. Die gleiche Vergünstigung muß den im Ausland Internierten bei ihrer Rückkehr zuteil werden.

Weiter soll der Reichskanzler Mittel zur Bekämpfung der Arbeits- und Stellenlosigkeit rechtzeitig anfordern, neue Arbeitsvermittlungsstellen, vor allem eine Zentral-Reichsstelle für Arbeitsnachweis schaffen und dahin wirken, daß den Kriegsteilnehmern, die eine Familie zu versorgen haben, nach Möglichkeit die Wiedereinstellung in demjenigen Betriebe, in dem sie bis zu ihrer Einberufung zum Heeresdienst mindestens ein Jahr lang beschäftigt waren, gesichert wird. Die Weiterbezahlung der Familienunterstützung, Anstellung der Kriegsbeschädigten, die Auflösung der Hilfsdienstverträge bilden die weiteren Grundlagen für die Anträge des Ausschusses. Zum Schluß wird verlangt, daß während der Zeit der Uebergangswirtschaft eine Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln nach bestimmten Grundsätzen gewährt wird; die vom Heeresdienst entlassenen Arbeiter und Angestellten, denen eine angemessene Beschäftigung nicht zugewiesen werden kann, sollen weiterhin Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 4. Juni.

Schutz gegen Blitzgefahr. Wir sind kaum in die wärmere Jahreszeit eingetreten, da kommen auch schon wieder Berichte über Opfer und Schäden, welche durch Blitzschlag an Leben und Eigentum hervorgerufen wurden. Es ist deshalb wohl an der Zeit, sich alle jene Verhaltungsmaßregeln ins Gedächtnis zurückzurufen, die wir angesichts der Blitzgefahr zu beobachten haben. Als wichtigste derselben gelten:

1. Vermeide es, innerhalb einer weiteren Fläche der höchste Punkt zu sein, weil in einem solchen Falle die Erdelektrizität durch deinen Körper der Elektrizität in der Gewitterwolke entgegenstrahlt und nach Ausgleich strebt. Kannst Du der hiermit verbundenen Gefahr nicht anders ausweichen, dann kauere Dich geduldig am nächsten Grabenrande nieder und laß lieber Deine Kleider vom Regen durchweichen, als beständig in Gefahr zu schweben, vom Blitze getroffen und getötet zu werden.

2. Hüte Dich, während eines über Dir oder in Deiner Nähe sich entladenden Gewitters umfangreichere Gegenstände aus Stahl oder Eisen, wie Sense, Heugabel, Spaten, Jagdgewehr oder dergleichen auf der Schulter zu tragen. Es gibt keinen Stoff, welcher die Elektrizität so vollkommen leitet, als das genannte Metall. Deshalb sei Dir geraten, auch innerhalb Deiner Behausung Dich Gegenständen fern zu halten, die zum großen Teile aus Eisen oder Stahl bestehen.

3. Sitze Dich während des Gewitters niemals einer heftigen Luftströmung aus, die beispielsweise dadurch eintreten kann, daß bei offenstehendem Fenster die Tür desselben Zimmers aufgetan wird.

4. Suche wegen des Regens niemals Schutz unter Bäumen, gleichviel welcher Art diese auch sein mögen. Zwar heißt es im Volksmunde: Von den Eichen mußt Du weichen, auch die Weiden sollst Du meiden; nur die Buchen darfst Du suchen. Aber das ist eine Reimerei, die unter Umständen verhängnisvoll werden kann.

5. Gefährlich ist es auch, wenn Erntearbeiter sich in Getreidepuppen verkriechen. Unzählige Fälle haben gelehrt, daß der Blitz gerade solche Getreidepuppen häufig zum Ziele nimmt, was ohne Zweifel mit einer durch den menschlichen Körper verursachten stärkeren Elektrizitätsausstrahlung zu erklären ist.

6. Zum Schutze Deines Anwesens versäume nicht, beim Herannahen eines Gewitters das Feuer auf dem Herde zu löschen, weil die Rauchentwickelung in hervorragender Weise den elektrischen Ausgleich begünstigt. Blitzschläge, die auf solchee Weise herbeigeführt wurden, haben im Volke den törichten Glauben verbreitet, daß man während eines Gewitters nicht essen dürfe. Jedoch liegt hierin nichts weiter als eine Verwechselung von Ursache und Wirkung.

7. Niemand versäume es, die auf seinen Gebäuden angebrachten Blitzableiteranlagen rechtzeitig auf ihre Leistungsfähigkeit hin prüfen zu lassen. Ein Blitzableiter, dessen Leitung an irgend einer Stelle unterbrochen ist, bedeutet für Haus und Gehöft die größte Gefahr.

8. Wessen Gebäude ohne Blitzableiteranlage dastehen, der halte seine Löschgerätschaften während der Sommerszeit stets in Ordnung, um einen etwaigen Brand sofort im Keime ersticken zu können.

Die sogenannten „kalten Schläge“ entstehen, wenn der durch ein Gebäude zuckende Blitz brennbare Stoffe auf seinem Wege nicht findet. Unsere Vorfahren huldigten der Ansicht, ihre gesamte Ansiedelung vor Blitzgefahr schützen zu können, wenn sie nach außen führende Wege oder benachbarte Feldraine mit hochwachsenden Bäumen bepflanzten. Sie benutzten dazu mit Vorliebe die italienische oder lombardische Pappel. Reste solcher Anlagen treffen wir noch häufig. Die Aufgabe des Blitzableiters wurde auch einzelnen, weitüberragenden Bäumen zugedacht. Diese Maßnahme hat sich jedoch vielfach als irrig und gefahrvoll erwiesen, indem der Blitz vom Baum auf das Gebäude übersprang und letzteres in Brand setzte.

Winke zur Entlastung des Postschalterverkehrs. Der immer mehr zunehmende Mangel an geschulten Beamten erheischt, den Postschalterdienst nicht selten von fachlich nicht vorgebildeten Personen wahrnehmen zu lassen. Vaterländische Pflicht ist es, die glatte und rasche Abwicklung des Schalterverkehrs zu erleichtern. Dazu trägt viel bei, wenn nachstehende Regeln beachtet werden:

1. Fertige Aufschriften, Telegramme usw. recht deutlich aus.
2. Wähle für deine Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden.
3. Tritt an den richtigen, durch Inschriften bezeichneten Schalter von rechts heran.
4. Kaufe Marken, Postkarten usw. nicht in einzelnen Stücken, sondern in Deinem Verbrauch angemessenen Mengen, namentlich auch in Markenheftchen und Kartenblöcken. Für kleinen Bedarf bediene Dich der Postwertzeichengeber.
5. Klebe auf alle freizumachenden Sendungen die Marken vorher auf, auch auf Postanweisungen.

6. Halte das Geld abgezählt bereit. Uebergib größere Mengen Papiergeld stets geordnet.

7. Vermeide unnötige Fragen an die Beamten; belehre weniger gewandte Personen und hilf ihnen.

8. Lege gewöhnliche Briefsendungen in Briefkasten, Briefsendungen in größerer Zahl gib geordnet am Schalter ab.

9. Fördere den bargeldlosen Zahlungsausgleich durch Anschluß an den Postscheck- und Bankverkehr.

10. Benutze bei eigenem stärkeren Verkehr die besonderen Einrichtungen (Posteinlieferungs-Bücher und Verzeichnisse, Selbstvorbereitung von Paketen und Einschreibbriefen).

Die Taten des deutschen Hilfskreuzers „Möwe" gehören zu den Ereignissen dieses furchtbaren Krieges, die mit unvergänglichen Lettern in der Geschichte verzeichnet werden. Von ihnen wird man noch sprechen, wenn man längst den sich vor unseren Augen abspielenden ungeheuren Selbstmord der Kulturmenschheit als dunkle Jahre unbegreiflichen Wahnsinns rückschauend betrachtet. Doch man wird von den kühnen Streiffahrten der „Möwe" nicht nur sprechen, sondern man wird sie auch dann noch im lebenden Bilde zu einem Teile wenigstens beobachten können. Der erste Offizier dieses Kriegsschiffes, Kapitänleutnant Wolff, hat sie für den Kinematographen aufgenommen, und nun erfolgt auf der Leinwand vor den Augen der Beschauer, die sicher im geschützten Raume sitzen, die Wiedergabe einer ganzen Zahl von Einzelhandlungen, die die Welt mit Staunen, Bewunderung und Schrecken erfüllte, je nachdem in welchen Ländern sie bekannt wurden. Hier in Lübeck wird dieser weltgeschichtliche Film gegenwärtig in der Tonhalle, Schmiedestraße, gezeigt. Man sieht dort, wie mit stolzen und gewaltigen Schiffen unschätzbare Millionenwerte in die Tiefe des Meeres versinken, wie die Besatzungen dieser feindlichen Kauffahrteischiffe gerettet werden, wie sich das Leben an Bord der „Möwe" gestaltet, das gewiß anstrengend und gefahrvoll, aber doch nicht ohne Humor und Fröhlichkeit ist. Schließlich kehrt die „Möwe" erfolggekrönt in ihren Heimathafen zurück, auf dem winterliche Eisschollen treiben. Und wohl die meisten Besucher haben den Wunsch, daß endlich der Friede weitere Kreuzfahrten dieses tüchtigen Schiffes unnötig macht. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß „Graf Dohna und seine „Möwe" das Interesse eines sehr zahlreichen Publikums findet. Denn ein Stück Weltgeschichte spiegelt sich in diesen kinematographischen Vorführungen wieder.

Die Verschickung von Lebensmitteln ins Feld. Bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit wird von neuem eindringlich davor gewarnt, leicht verderbliche oder leicht schmelzende Nahrungsmittel, wie frisches und gekochtes weiches Obst, frisches Fleisch, Fischräucherwaren, rohe oder weichgekochte Eier, Butter oder sonstige Fette, ins Feld zu senden. Sendungen dieser Art überstehen selbst bei sorgfältigster Verpackung in der Regel die Fährnisse des Feldpostbetriebes nicht und müssen oft schon unterwegs zur Vernichtung des verdorbenen Inhalts angehalten werden. Gelangen sie aber an ihre Bestimmung, so bringen sie in ihrem verdorbenen Zustand für unsere Feldgrauen nur Enttäuschung. Vielfach werden durch solche Sendungen auch noch andere Päckchen, Briefe und Zeitungen beschädigt. Tief zu beklagen wäre es, wenn auf diese Weise zu einer Zeit, wo die Verhältnisse sparsamste Wirtschaftsführung bedingen, wieder wie in den Vorjahren beträchtliche Mengen von Lebensmitteln der Allgemeinheit nutzlos entzogen würden. Da die Heeresverwaltung für ausreichende Verpflegung der Truppen sorgt, sollte man die Verschickung von Lebensmitteln ins Feld am besten überhaupt unterlassen. Dies gilt vor allem auch für die deutschen Heeres- und Marineangehörigen in der Türkei.

Legt keine rationierten Eier ein! Obwohl ein amtliches Berliner Nachrichtenbureau den scheinbaren Ueberfluß an Eiern glaubt zu der Ermahnung benutzen zu müssen, man möge im Haushalt für die Zukunft sorgen und Eier für kommende schlechtere Zeiten konservieren, wünscht der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen vor diesem am grünen Tisch geborenen, törichten Vorschlage nachdrücklichst zu warnen. Er weist darauf hin, daß nur ein ganz frisches, d. h. ein fast vollkommen mit Eisubstanz gefülltes Ei die Gewähr für lange Haltbarkeit bietet, während mit der ständig fortschreitenden Vergrößerung des Luftraumes im Ei dessen Haltbarkeit sehr stark abnimmt. Wer jetzt Eier, die normalerweise 14 Tage oder 3 Wochen oder noch länger im Verkehr waren, ehe sie in seinen Haushalt kamen, einlegen wollte, könnte mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß er diese Eier jetzt sich und seinen Angehörigen lediglich entzieht, um sie später als ungenießbar wegwerfen zu müssen. Die Befolgung eines schlecht überlegten Magistratsvorschlages wäre also nicht Sparsamkeit, sondern Verschwendung, und es steht nur zu wünschen, daß auch die Gemeindeverwaltungen selbst die Finger von dieser Art Fürsorge lassen möchten.

Straferlaß für Fahnenflüchtige. Das Armee-Verordnungsblatt macht bekannt: Um den während des Krieges fahnenflüchtig gewordenen, im Auslande sich aufhaltenden Mannschaften Gelegenheit zur Rückkehr und Sühne zu geben, wird ihnen, wenn sie ungesäumt, jedoch spätestens bis 15. Juli 1917, noch während des jetzigen Krieges zurückkehren und sich bei der nächsten zu erreichenden Grenzstelle zum Dienst melden, nach Durchführung des gerichtlichen Verfahrens ein Strafaufschub mit der Aussicht auf Begnadigung zugesichert, falls sie sich einer solchen im weiteren Verlaufe des Krieges durch ihr Verhalten würdig erweisen. Ausgeschlossen von vorstehendem sind Ueberläufer zum Feinde. Nicht fristgemäß zurückkehrende Fahnenflüchtige haben auf einen späteren allgemeinen Straferlaß nicht zu rechnen, vielmehr wird ihre Ausbürgerung erfolgen.

Der Goldregen blüht. Zu den schönsten Ziersträuchern gehört der Goldregen. Die lang herabhängenden traubenartigen Blüten sind eine Zierde der Parks und Anlagen. Gegenwärtig steht der Goldregen in voller Blüte und da dürfte es wohl angebracht sein, darauf hinzuweisen, daß der Goldregen bei all seiner Schönheit sehr gefährlich ist. Er enthält giftige Stoffe, die schon vielen Leuten Schaden gebracht und das Leben gekostet haben. Viele Leute, besonders Kinder, haben die Angewohnheit, Blumen in den Mund zu nehmen. Bei dem Goldregen soll man das nicht tun wegen des in ihm enthaltenen Giftes. Die Eltern sollten ihre Kinder nachdrücklich davor warnen und auch in den Schulen wäre eine Aufklärung der Kinder über die Gefährlichkeit des Goldregens sehr angebracht.

Deutscher Schiffsnachrichtendienst. Das Schiffsnachrichtenwesen lag vor dem Kriege im wesentlichen in englischen Händen: Lloyds Unterweisers besorgten den Nachrichtendienst. England hat aber gleich nach Beginn des Krieges die Weitergabe von Schiffsnachrichten nach Deutschland abgelehnt und die Versendung seiner Druckschriften, der Lloyd-List und das Weekly Index, eingestellt. Lloyds Agenten lehnten es ab, für die deutschen Versicherer Schadenaufstellungen zu machen. Sie haben sich ferner in den Dienst des englischen Wirtschaftskrieges gestellt und bereits angedroht, daß sie nach dem Krieg keine Nachrichten über deutsche Schiffe bringen, ja, die Lieferung von Nachrichten nach Deutschland überhaupt vollständig einstellen würden. Am Freitag haben nun in Hamburg Vertreter der Seeschiffahrt, des Handels usw. beschlossen, den Verein „Seedienst" zu gründen, dessen Sitz in Hamburg sein soll. Diese Schiffsnachrichtenstelle soll der gesamten deutschen Volkswirtschaft dienstbar sein. Ein Ausschuß wurde mit den weiteren vorbereitenden Arbeiten betraut, in dem außer den Reedereien die Seeversicherer, die Banken, die Schiffswerften, die Baumwollindustrie, die Exporteure, der Einfuhrhandel und die Kolonialinteressen vertreten sind. Auch der Lübecker Senat war auf dieser Tagung vertreten.

Goldankauf. Man schreibt uns: Wohl ist die Mahnung der hiesigen Goldankaufsstelle, alle Goldsachen und Juwelen dem Vaterlande zu verkaufen, auf fruchtbaren Boden gefallen, aber noch immer stehen viele abseits. An sie geht immer erneut die Bitte, allen entbehrlichen Goldschmuck gegen Erstattung des reinen Goldwertes abzuliefern. Ebenso großes Gewicht ist darauf zu legen, daß auch hochwertige Juwelen verkauft werden.

In den Kriegsküchen wurden im Mai 161 072 Portionen Essen abgegeben. Die tägliche Ausgabe belief sich durchschnittlich auf 3471 Portionen Mittagessen (an 31 Tagen), 2278 Portionen Abendkost (an 25 Tagen), zusammen 5749 Portionen täglich.

Hamburg. Beim Baden ertrunken ist in der Dove-Elbe der 14 Jahre alte Sohn des Landmannes Witt in Allerhöhe.

Flensburg. Beim Baden im Ostseebad ertrunken ist der 16jährige Lehrling Wulf aus Heiligengeistgang 9.

Elmshorn. Großfeuer. Die Maschinenfabrik der Firma Steen u. Kaufmann wurde Freitag abend zum großen Teil durch Feuer zerstört. Das Feuer hat seinen Anfang im Modellschuppen genommen und sind hier allein ungefähr für 100 000 Mark Modelle verbrannt. Durch die große Glut griff das Feuer auf die Maschinenfabrik über, und ist auch hier ein großer Teil dieses Betriebes zerstört. Der durch das Feuer verursachte Schaden dürfte sich auf einige hunderttausend Mark belaufen. Ueber die Entstehungsursache verlautet bisher nichts, doch wird vermutet, daß aus der Gießerei (am Nachmittag war gerade gegossen worden) Funken in den Modellschuppen geflogen sind und, weil das Feuer leicht Nahrung fand, sich riesig schnell entwickelt hat. Eine Reihe Arbeiter wird dadurch jedenfalls zeitweilig arbeitslos.

Oldenburg. Beim Baden in der Hase ertranken zwei Knaben aus Brunnen (Oldenburg) im Alter von 12 und 16 Jahren.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. Juni. (Amtlich.)

1. An der Westküste Irlands und vor dem Westausgange des Kanals sind 18 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt worden. Von den vernichteten Dampfern und Seglern konnten Namen und Ladung nicht festgestellt werden, da die Fahrzeuge aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

2. Eins unserer Seeflugzeuge belegte am 2. Juni die russische Fliegerstation Lebara mit gut deckenden Bomben.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Denkt an die Goldankaufsstellen und bringt ihnen Eure goldenen Schmucksachen! Dem Vaterlande gehört heute alles Gold! 1155

4. Verordnung
betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der Verordnung des Reichskanzlers über Eier vom 12. August 1916 verordnet das Polizeiamt unter Aufhebung seiner Verordnung vom 5. Oktober 1916:

§ 1.

Nach Ablauf der Gültigkeit der ausgegebenen Eierkarten dürfen Eier an Verbraucher nur gegen die Abschnitte des Berechtigungsscheines **O** des Lebensmittelbuchs abgegeben werden. Ebenso dürfen vom gleichen Zeitpunkt ab Verbraucher Eier nur gegen diese Abschnitte entnehmen.

§ 2.

Die Inhaber der Lebensmittelbücher haben in den Kopf des Berechtigungsscheines **O** das Wort „Eiern" einzufügen, sodaß die Ueberschrift lautet: „Berechtigungsschein zum Bezuge von Eiern". Die einzelnen Abschnitte des Berechtigungsscheines dürfen nur von dem Verkäufer abgetrennt werden; auf bereits abgetrennte Abschnitte dürfen Eier nicht verabfolgt werden, ebenso nicht auf Abschnitte aus Lebensmittelbüchern, die nicht ordnungsgemäß ausgefüllt sind.

§ 3.

Die vorstehenden Vorschriften gelten für die Abgabe von Eiern durch Händler und in offenen Verkaufsstellen, sowie für die Abgabe von Eiern und Eierspeisen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Vereins- und Erfrischungsräumen, Mittagstischen, Konditoreien und dergl.

Als Eierspeisen gelten gekochte Eier, Rühreier, Segeier oder Spiegeleier und Pfannkuchen. Andere Eierspeisen, ebenso Eiergetränke, dürfen nicht verabreicht und entnommen werden.

§ 4.

Geflügelhalter dürfen auf die Abschnitte des Lebensmittelbuches Eier nicht erwerben. Sie haben die sämtlichen Abschnitte des Berechtigungsscheines **O** des Lebensmittelbuches bis spätestens am 15. Juni 1917 in Lübeck bei der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II. Stock, im Eingemeindungsgebiet und im Landgebiet bei den Polizeiämtern oder den Gemeindevorständen abzuliefern. Der Kopf des Berechtigungsscheines **O** bleibt im Lebensmittelbuch und wird von der Ablieferungsstelle abgestempelt und dient dem Buchinhaber als Ausweis dafür, daß er die Abschnitte abgeliefert hat.

§ 5.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt oder wer es unternimmt, den Vorschriften dieser Verordnung entgegen Eier zu verabfolgen oder zu erwerben.

Lübeck, den 2. Juni 1917. (1126

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der vierten Verordnung betreffend den Verkehr mit Eiern vom 2. Juni 1917 wird hiermit angeordnet:

Der Abschnitt **O 1** des Lebensmittelbuches hat vom 4. Juni bis einschließlich 24. Juni 1917 Gültigkeit. In dieser Zeit dürfen auf diesen Abschnitt nicht mehr als **vier** Eier abgegeben und entnommen werden.

Die gesammelten Abschnitte und der Wochenbericht sind in jeder Woche bis spätestens am Dienstag, mittags 12 Uhr, an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, einzureichen.

Lübeck, den 2. Juni 1917. (1127

Das Polizeiamt.

Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Anfertigung von illustrierten Katalogen Preislisten, Zirkularen, Formularen für Behörden und Private, Reklamedrucksachen, Familienanzeigen, Festschriften Visitenkarten, Geschäftsbüchern usw.

Verlag des „Lübecker Volksboten".

Bank-Konten: Lübecker Privatbank. Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.

Viehzählung am 1. Juni.

Viehbesitzer, deren Vieh bisher nicht gezählt ist, haben es sofort dem Statistischen Amt zu melden. Sonst laufen sie Gefahr in Strafe genommen zu werden, zumal da in den nächsten Tagen eine Nachprüfung der Viehbestände stattfindet.

Bekanntmachung.

Das Bureau der Kommission für die Festsetzung der Kriegsunterstützung ist am 4. Juni ds. Js. von Mengstr. 4, 1 Treppe, nach Breite Straße 52, 1 Treppe, links, verlegt.

Lübeck, den 4. Juni 1917. 1138

Die Kommission für die Festsetzung der Kriegsunterstützung.

Für die vielen Geschenke sowie Gratulationen anläßlich unserer silbernen Hochzeit allen Verwandten, Freunden u. Bekannten herzlichen Dank. **J. Lütt und Frau.** Engelsgrube 77/7. (1122

Sozialdemokrat. Verein Lübeck.
(Verspätet gemeldet).
Am 30. Mai verstarb an der Proletarierkrankheit unser Genosse
Wilhelm Schwaß.
Ehre seinem Andenken!
1134 **Der Vorstand.**

Am Sonnabend entschlief nach langer schwerer Krankheit unser lieber Sohn, Bruder und Enkel (1132
Walter.
In tiefem Schmerz:
C. Mädge und Frau nebst Geschwistern.
Beerdigung Donnerstag nachm. 2½ Uhr Kapelle Vorw.

Uhren-Reparaturen
Billige Preise. (1123
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Hüxstr. 7

3 Legehühner
zu verkaufen. (1128
Brandenbaumer Chaussee 3.

Eine Glucke
zu verkaufen. (1129
Margaretenstr. 8.

Säcke versch. Art, a. beschädigt, gr. u. kl. Posten, kauft zu höchsten Preisen (1125
B. Tesmer, Dankwartsgr. 15.

Zu kaufen gesucht eine **Schlafstuben-Einrichtung** und ein **Ausziehtisch.** Angeb. unter **K D 20** an die Exped. (1140

Zu kaufen gesucht (1124
Haushaltsknochen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

Magermilchverteilung am 5. Juni
(mit Vorbehalt der Verkaufsfähigkeit)
Ausgabe an die Nummern **1—150** der Ausweiskarte.
Quartverteilung.
Quark (Weichkäse) zum Aufstrich in allen Läden des Holstentorviertels, soweit der Vorrat reicht. Abgabe an alle Bezugsberechtigten lt. Ausweiskarte. 114
Hansa-Meierei G. m. b. H.

Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr:
Der selige Balduin.

Zu kaufen gesucht guterhaltene **Kinderbettstelle** (Holz). Angeb. unt. **B B 16** an die Exp. (1130

Hühner zu verkaufen. (1136) Hüxtingstr. 43, pt.

Im Sonnt. im Riesch. oder in d. Gastw. z. Landhaus e. Damenschirm liegen geblieb. Bitte gegen Bel. abzug. Trogestr. 7, I. (1131

Sonnt. e. Damenuhr verlor. v. Katzeb.-Allee, Bahn 1 b. Kohlmarkt od. Bahn 12 bis Schwart.-Reniek. Abzugeb. Baisestr. 1a. (1137

Nr. 128
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 4. Juni 1917

Neuordnung in Preußen.

Von Paul Hirsch.

II.

Staat und Gemeinde.

Die Stellung der Gemeinden wird der Bedeutung dieser Organe der Selbstverwaltung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens heute auch nicht entfernt gerecht. Das Ideal des absoluten Polizeistaates, die Gemeinde als unterstes Glied der staatlichen Behördenorganisation, in Unterordnung unter die unterste staatliche Behörde, ist, um die Worte unseres Parteigenossen Hugo Lindemann zu gebrauchen, auch heute noch das Ideal der staatlichen Bureaukratie, die auf dem Verwaltungswege die Befehlsgewalt sich wieder schuf, die ihr die Gesetze genommen hatten, und dann auch die Gesetzgebung zur Stärkung ihrer Gewalt zu benutzen verstand. Wie treffend diese Kritik ist, lehrt ein Rückblick auf die letzten hundert Jahre, wo die Gedanken eines Stein und Hardenberg mehr und mehr in Vergessenheit geraten sind. Die schon bald nach Erlaß der Städteordnung vom Jahre 1808 einsetzenden Versuche, die Oberaufsicht des Staates zu erweitern und zugleich das Stimmrecht der Bürger einzuschränken, sind von Erfolg gekrönt worden und haben ihren Abschluß gefunden in der reaktionären Städteordnung für die östlichen Provinzen vom Jahre 1853, die mit geringfügigen Aenderungen auch heute noch in Geltung ist und der die Städteordnungen für den größten Teil der übrigen Provinzen nachgebildet sind.

So verschieden die preußischen Stadt- und Landgemeinden im einzelnen auch sind, so gleichen sie sich doch darin, daß sie samt und sonders einen mehr oder minder scharf ausgeprägten plutokratischen Charakter haben; ja im Bereich des Dreiklassenwahlsystems haben die Gemeinden seit dem Jahre 1900 sogar die Befugnis, diesen plutokratischen Charakter noch zu verschärfen, um der „Gefahr" eines Eindringens proletarischer Wähler in die zweite Abteilung zu begegnen. Zu dieser Verkümmerung des Wahlrechts der Minderbemittelten kommt hinzu das ominöse Hausbesitzerprivileg, dessen Bedürfnis, ja dessen Nützlichkeit die Regierung zwar vor 40 Jahren selbst bestritten hat, an dem sie aber aus politischen Gründen noch heute festhält. Diese Kautelen in Verbindung mit der öffentlichen Stimmabgabe sollen die Wahlen von sozialdemokratischen Gemeindevertretern erschweren, und bis zu einem gewissen Grade ist das ja auch gelungen, nicht zum Vorteil der Gemeinden. Völlig ferngehalten hat die Regierung bis zum Ausbruch des Krieges die Sozialdemokratie von der eigentlichen Verwaltung, indem sie ihnen grundsätzlich die Bestätigung zu Magistratsmitgliedern versagte. Erst während des Krieges hat sie mit dieser Praxis gebrochen.

Was die Sozialdemokratie hinsichtlich der Reform der Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung fordert, das ist klar ausgedrückt in der Resolution des Bremer Parteitages: Bildung des Wahlkörpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemeinde, Aufhebung aller Besitzprivilegien, Einführung des Einkammersystems, Bildung einer aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehenden Gemeindevertretung. Damit allein ist es natürlich noch nicht getan, ebenso notwendig ist eine freie Selbstverwaltung, der Staat muß mit seinem Bevormundungssystem brechen und die Bewegungsfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden erweitern. Dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm entsprechend muß das staatliche Aufsichtsrecht auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden beschränkt, es muß die Möglichkeit der Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte geschaffen und die die Selbstverwaltung einschränkende Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden aufgehoben werden.

Daß der heutige Zustand unhaltbar und eines modernen Staates unwürdig ist, diese Erkenntnis dämmert allmählich auch der preußischen Regierung auf. In seinem Erlaß vom 18. März 1916 singt der preußische Minister ein hohes Loblied auf die Selbstverwaltung, die allein es in den Städten, Landgemeinden, Kreisen und Provinzen ermöglicht hat, in diesem Kriege im Dienste des Vaterlandes Vorbildliches zu leisten und den gewaltigen Aufgaben des Krieges in solchem Maße gerecht zu werden. Darum, so heißt es weiter, müsse es Aufgabe der Staatsregierung sein, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden weiterhin das kostbare Gut der Selbstverwaltung zu wahren und nach Möglichkeit zu mehren. Fürwahr, ein kostbares Gut, die Selbstverwaltung, aber ihren Wert hat die Regierung erst während des Krieges schätzen gelernt, und richtig zu würdigen versteht sie ihn auch jetzt noch nicht. Denn sonst wäre es unverständlich, daß sie sich in dem kürzlich von dem Unterstaatssekretär Drews im Abgeordnetenhause entwickelten Verwaltungsprogramm auf geringfügige Kleinigkeiten beschränkt, auf die Durchführung winziger Reformen, die bereits vor Anbruch des Krieges die Zustimmung der Immediatkommission gefunden hatten, daß sie aber verzichtet auf eine Abgrenzung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden und zwischen Polizei und Gemeinden und daß weder von einer Beseitigung des Bestätigungsrechts noch gar von einem neuen Gemeindewahlrecht etwas verlautet. Als ob die Worte der Osterbotschaft, daß nach diesem Kriege für ein Klassenwahlrecht kein Platz mehr ist, sich nur auf das Dreiklassenwahlsystem im preußischen Abgeordnetenhause, nicht aber auch auf die Klassenwahlsysteme für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen bezögen! Gewiß ist es ein Fortschritt, wenn in Zukunft ähnlich wie es in anderen Bundesstaaten, z. B. in Württemberg, schon längst der Fall ist, auch in Preußen die materiellen Grenzen des staatlichen Aufsichtsrechts gesetzlich festgelegt werden und wenn die Klage im Verwaltungsstreitverfahren ermöglicht wird, aber wenn es sich, wie es nach der Ankündigung des Unterstaatssekretärs den Anschein hat, lediglich darum handelt, die vom Oberverwaltungsgericht gezogenen Grenzen durch Gesetze zu normieren und die Mitwirkung der Staatsbehörden auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu beschränken, so ist der Fortschritt mehr als gering, zumal da die Staatsaufsicht sich sogar das Recht vorbehalten will, aus wichtigen Gründen des Staatswohls und des Gemeindeinteresses in einzelnen Fällen gegen bestimmte Beschlüsse von Gemeindekörperschaften Einspruch zu erheben. Die Folge davon würde sein, daß dem Mißbrauch, der mit dem Begriff des Staatswohls getrieben wird, auch in Zukunft Tür und Tor geöffnet bliebe. Lassen sich heute, wie der Berliner Oberbürgermeister Wermuth kürzlich im Herrenhause sagte, die Staatsaufsichtsbehörden nicht mehr mit der Lupe unterscheiden von den Staatsverwaltungsbehörden, so wird nach Durchführung dieser Reform der Unterschied vielleicht mit dem bloßen Auge zu erkennen sein, aber verschwunden ist er nicht.

Die Regierung sollte doch wirklich mehr Verständnis für die gewaltigen Leistungen der Organe der Selbstverwaltung während des Krieges bekunden, sie sollte einsehen, wie viel mehr diese Organe noch hätten leisten können, wenn sie nicht auf Schritt und Tritt durch eine staatliche Bureaukratie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt wären. Mit Worten der Anerkennung, und mögen sie noch so gut gemeint sein, ist es nicht getan. Auch Scheinreformen können an dem Wesen der Dinge nichts ändern. Was nötig ist, das ist, wie einer der besten Kenner unseres preußischen Verwaltungssystems, der Berliner Stadtrat Hugo Preuß wiederholt dargelegt hat, der Fortschritt zur klaren Einfachheit eines modernen Selbstverwaltungssystems, das nicht die Aufsicht in eine übergeordnete Mit- und Gegenverwaltung ausarten läßt, vielmehr jede Doppelverwaltung beseitigt, die Zuständigkeit unzweideutig herausstellt und mit der Verantwortlichkeit verbindet.

Bis zu einem gewissen Grade würde eine solche Reform auch der sozialdemokratischen Forderung gerecht werden. Geht Hand in Hand damit die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts zu den Gemeindevertretungen und die Aufhebung aller die Voraussetzung des passiven Wahlrechts bildenden Vorrechte des Besitzes, dann ist die Bahn frei für die Demokratisierung und Sozialisierung unseres Gemeinwesens. Dann, aber auch nur dann, werden die Gemeinden imstande sein, die Kräfte eines jeden einzelnen sich frei entfalten zu lassen und in ihren Dienst zu stellen, sich selbst zum Heile und dem Staate zum Nutzen. Dann wird sich zeigen, welcher gewaltigen Opfer wahrer Gemeinsinn in schwerer Zeit fähig ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Freikonservative Hoffnungen auf Stockholm.

Der freikonservative Führer Frhr. v. Zedlitz behandelt im roten „Tag" die Friedensarbeit zu Stockholm. Bei der Erörterung der Frage, wie in Petersburg für Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse gesorgt werden kann, kommt er zu folgendem Ergebnis: „Die Lösung dieser Aufgabe bietet ohne Zweifel große Schwierigkeiten. Es gilt, einen wahren Drahtverhau von äußeren Hindernissen und von Einspinnung durch die Entente zu überwinden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es nicht wahrscheinlich, daß dies dem Auswärtigen Amt gelingt, auch nicht durch Mittelspersonen. Wohl aber dürften die bevorstehenden sozialistischen Veranstaltungen die Möglichkeit bieten, die Russen vollständig aufzuklären. Sowohl die Stockholmer Besprechungen wie namentlich diejenigen, zu denen die Russen selbst eingeladen haben. Die deutschen Teilnehmer werden Gelegenheit haben, jenen den wirklichen Sachverhalt darzulegen, und zwar auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens mit Aussicht auf volle Wirkung. Namentlich Herrn Scheidemann öffnet sich hier die Möglichkeit, sich, statt der Fata morgana des Scheidemannfriedens und der internationalen Friedensstiftung nachzujagen, wirklich ein überaus großes Verdienst um die Beendigung des Weltkrieges zu erwerben. . . . Herr Scheidemann besitzt die Gabe der Beredsamkeit in hohem Maße; macht er von ihr mit Nachdruck Gebrauch, so wird es ihm sicher gelingen, die Russen von der Wahrheit zu überzeugen. Umso schwerer wiegt seine Verantwortung, wenn er versagt, wo es gilt, seinem Vaterlande und zugleich der ganzen Menschheit einen großen Dienst zu leisten. Auch gegenüber dem Geiste des vierten August 1914!"

Alldeutsche Agitation auf Kreistagen.

Die Alldeutschen sind in ihrer Agitation für Annexionen unermüdlich und rücksichtslos. Jetzt tragen sie ihre Propaganda schon in die Kreistage.

Nach einer Meldung aus Glogau erteilte auf einer dieser Tage dort abgehaltenen Kreistagssitzung am Schluß der Tagesordnung der Landrat des Kreises Glogau dem Prinzen Rudolf zur Lippe-Drogelwitz, einem Onkel des regierenden Fürsten von Lippe-Detmold, das Wort zu einer großen Propagandarede für die Kriegsziele der sechs wirtschaftlichen Verbände und des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden". Er bat die Kreistagsabgeordneten, überall in ihren Kreisen Unterschriften und Zustimmungserklärungen zu sammeln, die dann an die „Zentralstelle" nach Berlin weitergegeben werden sollen. Diesen Ausführungen trat der frühere Reichstagsabgeordnete Fabrikbesitzer Hoffmeister (Glogau) entgegen, indem er hervorhob, daß es noch verfrüht sei, bestimmte Friedensziele festzusetzen. Er habe vielmehr das Vertrauen zum Kaiser, daß er uns einen Frieden bringen werde, mit dem das deutsche Volk durchaus zufrieden sein könne. Die Hauptaufgabe sei jetzt aber der Sieg.

Demgegenüber betonte der Landrat Singelmann in längeren Ausführungen die zwingende Notwendigkeit, recht bald mit den Friedenszielen hervorzutreten. Die Bestrebungen des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden" könne er nur mit Freuden begrüßen. Im Anschluß daran forderte auch er die Kreistagsabgeordneten auf, kräftig die Sammlung von Unterschriften zum Beitritt in den „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden" und von Zustimmungserklärungen für dessen Aufruf zu fördern.

Was würden dieselben Herren sagen, wenn die linksstehenden Parteien in amtlichen Körperschaften für ihre politischen Ziele Propaganda machen wollten?!

Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

28. Fortsetzung.

Die alte Frau mit der hohen Haube schien zu einem verdächtigen Nicken geneigt, doch Onkel Tobias kam ihr zuvor. Er fing plötzlich an zu singen: Wer niemals einen Rausch gehabt, das ist kein braver Mann, juchhe, das ist kein braver Mann! und indem er mit der silbernen Dose den Takt dazu schlug, schrie er hinterher: Er ist so wie sein Vater war, Frau Schwester, der kein Spielverderber war, kein Mückenseiger, kein Kamelverschlucker, kein Kerl, der die Augen verdreht, als sei er vergiftet, wenn's lustig hergehen soll.

Aber, Herr Bruder! fiel die alte Frau heftig mit der hohen Haube wackelnd ein, indem sie den Strickstrumpf sinken ließ, es ist schon genug Aergernis vorhanden, das „meinen Sohn" betrübt.

Nein, liebe Mutter, sagte Eduard sanftmütig, dein Sohn soll noch viele Freude erleben und du mit ihm. Das ist mein innigster Wunsch, doch das Geschwätz ist lügnerisch, wenn es mir Fehler aufbürdet, die ich nicht besitze. Er schwieg einen Augenblick, dann blickte er zu seiner Mutter auf und fuhr fort: Was reden die Leute nicht. Vielleicht haben sie dir noch ganz andere Dinge erzählt. Nicht? — Nun vielleicht, daß meine Ehe durch meinen grenzenlosen Leichtsinn unglücklich sei und daß — ja daß ich daran denke, mich scheiden zu lassen.

Die alte Frau richtete sich starr auf und saß wie eine Bildsäule. Sie dachte über etwas nach, was ihr einfiel, Worte und Winke, welche nun ihre Bedeutung erhielten. Sie nahm die schwarze Hornbrille ab, und ihre Lippen preßten sich streng zusammen. Wenn das sein könnte, sagte sie, so wollte ich lieber, ich hätte dich niemals geboren.

Schnick und Schnack! schrie Onkel Tobias, wer wird solche Worte in den Mund nehmen, Frau Schwester. Scheiden! Glauben Sie, daß er toll geworden ist? Warum soll er sich scheiden lassen wollen? lachte er auf, indem er ein paar halb ängstliche Blicke auf seinen Neffen warf: es ist ja alles voll Glück und Segen. Wenn einer Unfrieden stiften will, so wird er zum Hause hinaus geschmissen; ein paar tüchtige Arme am Leibe sind zuweilen das beste Mittel, um ein Haus in Ordnung zu halten. Sehen Sie ihn an, Frau Schwester, wie er den Kopf hält, wie er da steht mit roten Backen und breiten Schultern, wie ein Simson. Der wird sich nicht die Haare abschneiden lassen. Laß Haare auf deinen Zähnen wachsen, mein Junge. Scheiden, pfui Teufel! Wie wird ein Mann, wie der dort, daran denken!

Mit Fingern soll keiner auf mich weisen, sagte die alte Frau noch immer erregt von dem Gedanken. Eher möchte er sterben und verderben, ehe solche Schande auf die ganze Familie käme. Und „mein Sohn" — Sie schüttelte den Kopf mit der hohen Haube und fing wieder an zu stricken.

Beruhige dich, liebe Mutter, begann Eduard sie freundlich umfassend, ich versichere dich, du hast nicht das geringste davon zu besorgen. Ich stimme dir bei, eher sterben und verderben, als diese wohlgefälligen Bande zu zerbrechen. Ich bin so glücklich, wie ich sein kann, was bleibt mir noch zu wünschen übrig! Habe du Dank, meine beste Mutter, für alle deine Liebe, und du, mein alter guter Tobias, für deine große Freundschaft, die mich immer verteidigt hat.

Die alte Frau rührte sich nicht, aber Onkel Tobias schrie bewegt: Daran soll's dir nimmer fehlen, mein Herzensjunge! Tue was du willst, ich werde für dich fechten, nur wenn du etwa — er hob drohend den Arm auf, fing an zu singen: Scheiden tut weh! Scheiden tut weh! und faßte ihn dabei an beiden Ohren.

Und es muß doch geschieden sein, sagte Eduard aufstehend. Leb wohl, Onkel Tobias. Gute Nacht, liebe Mutter! Auf frohes Wiedersehen!

Ist es nicht ein herrlicher Junge! schrie Onkel Tobias hinter ihm her, ein Prachtstück! voll Saft und Kraft! Gottes Segen über ihn, Frau Schwester! Wie die Stimme klingt, die ihm aus der Brust kommt! Bis mitten ins Herz geht's hinein. Da ist alles gesund vom Kopf bis zu den Zehen, und ich begreif's nicht, Frau Schwester, ich begreif's nicht — er tat einen Schlag auf die Dose und sah sie vorwurfsvoll an.

Die alte Frau in der hohen Haube strickte weiter, ohne zu antworten. Wenn „mein Sohn" morgen zu mir kommt, murmelte sie endlich, will ich ihn fragen, was er davon weiß, was die Leute reden und was wahr ist.

Nach einiger Zeit ging Onkel Tobias fort, es war ihm bange zumute, er wußte nicht recht warum. Sein Neffe lag ihm im Sinn, denn er hatte gar nicht wie sonst ausgesehen, und daß er heute so lustig tat, wollte dem alten Manne gar nicht gefallen. Noch gestern saß er mit gefurchter Stirn, und man sah ihm seine Sorgen an, heute war sein Schritt so leicht, wie damals, wo er ins väterliche Haus zurückkehrte. Er trug den Kopf im Nacken und lachte und sprach so froh, als sei er über allen Kummer hinaus. Seine Augen rollten beweglich umher, als wären es des Doktors brennende Augen. Das ganze Wesen schien dem alten Manne umgewandelt. Er konnte es nicht verstehen und suchte darum nach Eduard, um ihn zur Rede zu stellen, allein er konnte ihn nicht auffinden. Als er die Dienstleute im Hause befragte, hörte er, der Herr sei fortgegangen; wohin, wußte keiner zu sagen. Onkel Tobias stieg in seine Wohnung hinauf und wartete, nicht selten besuchte ihn Eduard noch spät, und heute hatte er die Ahnung, er werde kommen. Es mußte was Besonderes vorgegangen sein, das war gewiß, ob aber etwas Gutes, das schwankte, je mehr er darüber nachdachte. Er nahm die alte Geige vom Nagel und fing an alle die alten Lieder darauf zu kratzen, die ihm einfielen, allein bei jedem Satze hörte er auf und horchte und riß zuweilen die Türe auf, weil er glaubte, er höre ihn auf der Treppe. Aber es kam niemand, und je später es wurde, um so mehr kam eine Angst über ihn und endlich konnte er es nicht länger aushalten, er mußte fort und noch einmal nach ihm fragen.

Es war freilich schon in der elften Stunde, aber den Hausdiener traf er wach, er schaute nach dem Wetter aus.

Die Herrschaft ist noch nicht zurück, sagte der Mann, als er den Onkel Tobias sah.

Ich will zusehen, woran es liegt, Wilhelm.

Gehen Sie nicht fort, lieber Herr, das Wetter kommt herauf, es dauert nicht lange mehr.

Onkel Tobias sah den Himmel an, der nicht sehr tröstlich aussah. Düstere Wolken bedeckten ihn, schwüle zusammengepreßte Luft füllte die Gassen, die Firsten der dunklen Häuser wurden ab und zu von einem elektrischen Geflimmer beleuchtet, das zwischen dem treibenden und zerrissenen Gewölk zuckte.

Der alte Mann ließ sich von diesem drohenden Anblick nicht abhalten zu tun, was die Stimme in ihm begehrte. Er machte sich auf den Weg, um seinen Neffen zu suchen und dachte ihn zu finden, wenn er es zunächst bei der Frau Bürgermeisterin versuchte. Die Dame wohnte ziemlich weit ab, es war daher beschwerlich genug für den greisen Onkel, in solcher Nacht dorthin zu tappen, aber es war ihm, als müßte es so sein. So schritt er tapfer vorwärts. Durch die öden Straßen kamen ihm wenige entgegen, andere wenige eilten rasch vorüber, denn das Leuchten und Zucken am Himmel wurde stärker und feuriger. Endlich stand er vor dem Hause, aber hinter den Fenstern schimmerte kein Licht; Onkel Tobias konnte nicht zweifeln, daß hier weder Eduard, noch dessen Frau, noch der Doktor mehr verweilten. Begegnet hatte er sie auch nicht, er war aufmerksam genug gewesen, und einen anderen Weg konnten sie nicht nehmen. Die Frau Bürgermeisterin lag wohl schon im Schlaf, oder sollten sie — es fiel ihm plötzlich ein, daß sie alle bei Georg sein könnten, gleich darauf lachte er jedoch darüber. Der heilige Georg litt niemals Gäste bis über die zehnte Stunde hinaus, er selbst verließ um diese Zeit jede Gesellschaft und legte sich schlafen. Nachtschwärmerei war ihm sehr verhaßt, öfter schon hatte er gegen solche moderne Greuel, welche die Nacht zum Tage und den Tage zur Nacht machen will, auch in seinen Reden geeifert. Bei alledem war der alte Mann seiner Sache nicht gewiß. Er konnte einen Umweg nehmen, so kam er zur Kreuzkirche und nach einigem Zögern machte er diesen wirklich und steuerte durch eine lange, enge Gasse auf sein neues Ziel los.

(Fortsetzung folgt.)

Verbot des Vorverkaufs der neuen Ernte.

Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt: Demnächst wird ein Verbot des Vorverkaufs der Ernte 1917 ergehen in der Weise, daß, wie im Vorjahre, Kaufverträge über Roggen, Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen) sowie für Emer, Einkorn, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Buchweizen, Hirse, Oelfrüchte und Futtermittel, soweit diese der Verordnung über Futtermittel unterliegen, mit Ausnahme der Verträge mit zuständigen Stellen, für nichtig erklärt werden. Die Nichtigkeit wird auch auf Verträge, die schon vor Erlaß des Verbots geschlossen sind, erstreckt werden. Versuche, derartige Verträge jetzt abzuschließen, sind daher zwecklos.

Zwei politische Blätter verboten.

Dem „Berl. Lokalanz." zufolge ist in Berlin die „Welt am Montag", ein demokratisches Wochenblatt, und die antisemitische „Staatsbürgerzeitung" vom Oberkommando in den Marken bis auf weiteres verboten worden.

Was heißt das?

Im Handelsteil der „Magdeburger Zeitung" findet sich diese merkwürdige Mitteilung über die Frankfurter Maschinenbau-A.-G. vorm. Pokorny u. Wittekind:

In der Generalversammlung beanstandete ein Aktionär wieder die Höhe der Gewinnanteile, die mit 616 266 Mk. in keinem Verhältnis zu dem an die Aktionäre zu verteilenden Betrag von 900 000 Mark ständen. Demgegenüber betonte die Verwaltung, daß die **Gewinnanteile auch einen Teil des Kaufpreises von Lizenzen darstellen, die von hohen Staatsbeamten eingebracht sind, die wesentlich dazu beigetragen hätten, das günstige Gewinnergebnis zu erzielen.** Für Kriegsgewinnsteuer der letzten drei Jahre seien 3,2 Millionen Mark, und für die Umstellung auf die Friedenswirtschaft 350 000 Mark zurückgestellt. Ein Antrag auf weitere Erhöhung der Dividende wurde mit 2447 gegen 32 Stimmen abgelehnt und die Dividende, wie von der Verwaltung beantragt, auf 20 (20) Prozent festgesetzt.

Die Geschichte von „Lizenzen", die von „hohen Staatsbeamten" eingebracht wurden und wesentlich dazu beitrugen, das günstige Gewinnergebnis zu erzielen, klingt so merkwürdig, daß wir sie uns nicht erklären können. Vielleicht kann die Handelsredaktion der „M. Z." nähere Auskünfte über diese Verquickung von Staatsbamtentum und hohen Industriegewinnen geben?

Und die katholische Kirche?

Die „Essener Volkszeitung", das bekannte Zentrumsblatt, veröffentlicht in Nr. 147 vom Mittwoch einen „Der heilige Stuhl und der Friede" überschriebenen Artikel, worin es heißt:

> Die Völker sehnen auf dem ganzen Erdball die Beendigung des Kampfes herbei. Die Sozialdemokratie hat sich als Sprecherin für diese Sehnsucht erhoben. **Schweigt die katholische Kirche, so würde, wenn es zum Frieden kommt, in den Seelen der Gläubigen ein tiefer Mißmut darüber herrschen, daß Rom sich versagte, während man in Stockholm redete.** Eine Mißstimmung, die ihre Konsequenzen haben müßte. In den Reihen der Nichtkatholiken würde man, und zwar berechtigterweise sagen: Die Macht, die sich die universale nennt, war müßig, während die Macht, die sich die internationale heißt, handelte. **Abfall in den Reihen der Katholiken könne eintreten, Zufluß in das Lager des Sozialismus, der ja überhaupt kommen wird, würde in noch viel höherem Maße stattfinden.**

Die recht selbstsüchtigen Motive des Blattes lassen wir hier außer Betracht — wir stellen nur mit Befriedigung fest, daß auch Zentrumsorgane ihre Stimme für baldigen Friedensschluß erheben. Nur ein Teil dieser Presse, ein recht geringer Teil überdies, befindet sich unter der Führung der „Kölnischen Volkszeitung" im Lager der alldeutschen Kriegsverlängerer, allwo man höchst christkatholisch über „philisterhafte Friedensduselei" wettert.

Oesterreich-Ungarn.

Wechsel im österreichischen Ministerium. Der Ministerpräsident Clam-Martinitz ist von der Leitung des Ackerbauministeriums enthoben, desgleichen der Minister für Galizien, Bobrzynski. Zum Ackerbauminister wurde Rüler von Seidler ernannt. — Ferner wurde ein Ministerium für Volksgesundheit und soziale Fürsorge geschaffen.

Langer begnadigt. Wir berichteten am Sonnabend unter „Gerichtssaal" von der Verurteilung des Krankenkassenbeamten Karl Langer, der eines harmlosen Gedichtes wegen zum Tode verurteilt, dann aber zu fünf Jahren schweren Kerkers „begnadigt" worden war. Wie nun eine Wiener Korrespondenz meldet, ist Langer vom Kaiser begnadigt worden; seine Entlassung wurde telegraphisch verfügt. Dadurch ist ein ungeheuerlicher Justizirrtum in seinem wesentlichsten Teile wieder gutgemacht worden.

Der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1916.

Das Rekrutierungsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes ist durch den Krieg stark eingeengt worden. Nicht nur durch die Einziehung organisationsfähiger Arbeiter, sondern vor allem durch die Brachlegung zahlreicher Industriezweige. Von den Ziegeleien liegt ein sehr großer Teil völlig still, die Zuckerindustrie hatte weniger Rohmaterial und infolgedessen weniger Arbeitskräfte, arbeitet überdies in der Hauptsache mit Kriegsgefangenen. Die Gummi-, Seifen-, Margarine- und Oelfabriken sowie einige Zweige der Düngeindustrie leiden unter dem Mangel an Rohstoffen; auch die chemische Industrie ist nur in einzelnen Zweigen gut beschäftigt. Die Papierfabriken arbeiten in weit größerem Umfange als früher mit weiblichen Arbeitskräften, die erfahrungsgemäß schwerer für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen sind als die männlichen.

Trotz alledem hat sich der Verband der Fabrikarbeiter auch im Jahre 1916 recht gut gehalten. Zwar ist die Zahl seiner Mitglieder von 85 118 bei Beginn auf 80 535 am Ende des Jahres gesunken, aber nur wegen Einberufungen zum Heeresdienst. Werden die Eingezogenen nicht als ausgeschieden gerechnet, so hat der Verband an Mitgliedern zugenommen. Die Gesamtzahl der Neuaufnahme betrug 14 795 gegen 10 041 im Jahre 1915.

Die Finanzen des Verbandes sind gleichfalls durchaus zufriedenstellend. Die Einnahmen des Verbandes sanken allerdings von 2 117 837 Mk. im Jahre 1915 auf 1 752 161 Mk., gleichzeitig sanken jedoch die Ausgaben von 1 953 508 Mk. auf 1 722 794 Mark, sodaß trotz des Einnahmerückganges noch ein allerdings geringer Ueberschuß erzielt wurde. Das Vermögen der Hauptkasse erhöhte sich um rund 23 000 Mk. auf 3 558 244 Mk. Bei den Einnahmen ist besonders die Tatsache bemerkenswert und erfreulich, daß mit dem 3. Viertel des Berichtsjahres der seit Ausbruch des Krieges andauernde Einnahmerückgang aufgehört und eine Steigerung eingesetzt hat. Es sind eben im 2. Halbjahre 1916 mehr Mitglieder neu gewonnen, als ausgeschieden und eingezogen sind.

Von den Ausgaben entfielen 1 125 959 Mk. auf Unterstützungen aller Art. Den größten Betrag, nämlich 549 889 Mk. erforderte die Unterstützung erkrankter Mitglieder; die nächsthöchste Summe (336 932 Mk.) die Notlageunterstützung, in der wieder die Unterstützung, die den Familien der Kreigsteilnehmer als Weihnachtsgabe gegeben wurde, den Hauptposten bildet.

Im ersten Drittel des laufenden Jahres hat sich der Verband noch erfreulicher entwickelt als im Berichtsjahre. Die Zahl der Neuaufnahmen ist dauernd gestiegen, im April allein wurden mehr als 4000 neue Mitglieder gewonnen. In den ersten 4 Monaten des Jahres wurden mehr Mitglieder aufgenommen als im ganzen Jahre 1915. Hält diese Entwickelung an, so wird der Verband, soweit die Mitgliederzahl in Frage kommt, die Scharten bald ausgewetzt haben, die ihm, wie anderen Gewerkschaften, die erste Kriegszeit geschlagen hat. Mit der steigenden Zahl der Mitglieder steigt auch der Einfluß auf die Arbeitsbedingungen. Das ist in Anbetracht der meist noch durchaus ungenügenden Löhne der ungelernten Arbeiter ganz besonders zu begrüßen.

Ein belgisches Industrieunternehmen im Kriege.

Ueber die weltbekannten „John-Cockerill"-Werke brachte der „Vooruit", das Blatt der Genter Sozialisten, folgenden interessanten Bericht:

Diese große belgische Gesellschaft hat sich trotz allen im vergangenen Jahre noch recht gut gehalten. Wie der Bericht zeigt, lag ein Betriebsgewinn von 546 360 Franken vor, wozu noch 29 981 Franken Gewinne anderer Art kamen. Aus dem Geschäftsjahre 1914/15 konnte ein Gewinn-Saldo von 3 882 592, 98 Franken übernommen werden. Die Kreditrechnung über Gewinne und Verluste zeigt einen Betrag von 2 485 885 Franken. An die Pensionskasse der Angestellten und Arbeiter wurden 200 122 Franken abgeführt.

Der verfügbare Ueberschuß von 2 801 671 Franken wurde auf die neue Geschäftszeit übertragen. Der Bericht stellt fest, daß die Ereignisse eine fortschreitende Entwicklung des Unternehmens nicht aufgehalten haben. Bei den Kohlenwerken hat die Arbeit zugenommen, während die Metallfabriken nicht genügend mit Rohstoffen versehen werden konnten. Die Gesellschaft konnte daher nicht ihr ganzes Personal in den verschiedenen Abteilungen weiter beschäftigen, wenn sie nicht andauernd auf Vorrat arbeiten lassen wollte. Die für Neubauten verausgabte Summe betrug 2 841 885 Franken, die in der Hauptsache für den Bau einer neuen Eisengießerei, für den Bau einer durch Gas betriebenen Glasbläserei und andere Verbesserungen der Einrichtung aufgewandt wurden. Einer Gesellschaft zur Ausbeutung der Kohlenminen bei Lüttich konnte die John-Cockerill-Gesellschaft auf deren Ersuchen 750 000 Franken vorschußweise geben. Zum Schluß stellt der Bericht fest, daß die Gesellschaft das ganze Personal aller Abteilungen im Dienst behalten hat und daß die Feldbeschäftigten andauernd Arbeit fanden, während alle übrigen an möglichst vielen Tagen beschäftigt wurden.

Der „Vooruit" fügt diesem Berichte die Worte an:

„Durch diesen offiziellen und vertrauenswürdigen Bericht ist endlich den zahlreichen aus der Luft gegriffenen Erzählungen ein Ende bereitet, die über diese große belgische Unternehmung verbreitet werden."

Nach barbarischer Gewaltherrschaft der Deutschen in Belgien sieht dieser Bericht jedenfalls nicht aus.

Ernährungsfragen.

Kriegspasteten.

Die Muschelwurst unseligen Angedenkens steht in „verbesserter Auflage" neu zu erstehen. Als „Plankton-Konserven" ist uns — einstweilen glücklicherweise nur in der Theorie — eine neue Delikatesse zugedacht, die man gewinnt, wenn man draußen hinter der Brandung das Meer von der Oberfläche ab einige Meter tief mit Netzen aus Müllergaze abfischt. Dabei fängt man im Handumdrehen Milliarden von fettreichen Augen und Krebstierchen, die sich — wir zitieren nach dem Bericht des Herrn Dr. H. Sergev — „als lebende Masse ohne weiteres zu einer pastetenartigen Speise zusammenkneten lassen, die in Konsistenz und Geschmack den bekannten Crevetten- und Krebspasteten nahe kommt, dazu auch außergewöhnlich nahrhaft ist." Es wird sich empfehlen, schleunigst eine Plankton-Griegs-G. m. b. H. ins Leben zu rufen, damit die neue Fleischkost möglichst schon bei ihrem ersten Auftauchen so gründlich bewirtschaftet wird, daß dies ihrem Verschwinden gleichkommt.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnzulage und volle Koalitionsfreiheit für die Leipziger Straßenbahn-Bediensteten. Das männliche und weibliche Personal der Leipziger Straßenbahn forderte Ende April Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Vereinfachung des Lohnsystems. Zugleich wurde gewünscht, daß die Verbandsvertreter die eventuelle Verhandlung führen sollten. Die Direktion lehnte zunächst eine Verhandlung mit den Verbandsvertretern ab. Nachdem sich aber das Kriegsamt ins Mittel gelegt, kamen die Verhandlungen zustande. Am 9. Mai fand die erste Verhandlung statt, an der außer den Verbandsvertretern Rathmann-Berlin und Sängerlaub-Leipzig die fünf Direktoren der Bahn teilnahmen. Während der Verhandlungen, die erst am 25. Mai ihren Abschluß fanden, stellte es sich heraus, daß das Lohnsystem, besonders für das Aushilfspersonal, ein wahres Labyrinth darstellte. So waren z. B. für das weibliche Bahnpersonal nicht weniger als 26 Lohngruppen mit ebensoviel Untergruppen vorhanden. In jeder dieser Gruppen waren die Teurungszuschläge verschieden. Genau so lag es bei den Männern. Das Personal fand sich aus diesem Wirrwarr selbst nicht mehr heraus. Die Verhandlungen waren daher äußerst schwierig und drohten mehr als einmal ihr vorschnelles unbefriedigtes Ende zu finden. Am 21. scheiterten dann auch wirklich die Verhandlungen. Mit Hilfe des Kriegsamtes wurden sie wieder aufgenommen und führten zur Normierung fester Lohnsätze für das gesamte Personal. In der Versammlung am 25. Mai klagten besonders die Frauen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht erzielt sei. Auf Anraten des Arbeiterausschusses und der Verbandsleitung beschloß indessen die Versammlung, das Ergebnis vorläufig anzunehmen. Ein Teil der Straßenbahner, die abends die Arbeit schon eingestellt hatten, nahmen sie am andern Tage wieder auf.

Beitragsleistung und Unterstützungswesen im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Zum bevorstehenden Verbandstage des Metallarbeiter-Verbandes in Köln veröffentlicht die „Metallarbeiter-Zeitung" interessante Tabellen über das Verhältnis von Einnahmen und Unterstützungsaufwendung. Danach sind die Aufwendungen des Verbandes für Bildungszwecke, Verwaltung und Agitation verhältnismäßig ständig zurückgegangen und die Aufwendungen für Unterstützung ständig gestiegen. Sie erreichten 1904 die Hälfte der Einnahmen, 1906 61 Prozent, 1908 80 Proz. und 1914 gar 88,5 Proz. der Einnahmen. In den wirtschaftlich günstigen Jahren überwogen die Aufwendungen für Streikunterstützung, in den Kriegsjahren die für Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Aus Nah und Fern.

500 Zentner Stroh und Getreide verbrannt. Ein großes Schadenfeuer hat bei Eberswalde gewütet. Auf dem sogenannten Eichwerder geriet eine große Scheune in Brand, in der sich bedeutende Mengen Stroh und Getreide und eine Anzahl wertvoller Maschinen befanden. Die Wehren waren machtlos, das Gebäude brannte vollständig nieder. Mehr als 500 Zentner Stroh, 30 Zentner ungedroschenes Getreide, Dreschmaschinen, eine Anzahl Pflüge, Bindemaschinen und sogenannte Ringelwalzen sowie andere landwirtschaftliche Geräte wurden ein Raub der Flammen. Die abgebrannte Scheune gehörte der Stadt Eberswalde.

Schwerer Unglücksfall. Beim Jauchefahren stürzte infolge Betäubung durch giftige Gase der Landwirt Grünmann in Gleiwitz in eine Abortgrube. Zwei Nachbarn und zwei Militärurlauber versuchten vergeblich ihn zu retten. Der Landwirt selbst, sowie die beiden Nachbarn ertranken, während die beiden Soldaten durch die Feuerwehr gerettet wurden.

400 000 Mark Schaden durch einen Wolkenbruch. Der Schaden, der durch den am 12. Mai über die Stadt Wunsiedel (Fichtelgebirge) und die Nachbargemeinden Schönbrunn und Wildenbach niedergegangenen Wolkenbruch angerichtet wurde, beträgt nach jetzt beendeter Abschätzung gegen 400 000 Mk. Zugunsten der Geschädigten hat die Regierung angeordnet, daß in vier Amtsbezirken sowie in der Stadt Hof eine Sammlung von Haus zu Haus vorgenommen werde.

Große Hochwasserschäden in Mailand. Dem „Avanti" zufolge beträgt der durch das Hochwasser allein in der Gemeinde von Mailand angerichtete Schaden an den Straßen und öffentlichen Bauwerken von Privateigentümern über zehn Millionen Lire.

Brand der sibirischen Stadt Barnaul. Laut „Rußkoje Slowo" ist die Hälfte der südsibirischen Stadt Barnaul in Flammen aufgegangen. Insgesamt sind 26 Straßen niedergebrannt. Das ganze Stadtzentrum mit allen öffentlichen Gebäuden, Schulen und einem Lazarett wurde ein Raub der Flammen; große Warenvorräte verbrannten. Die Zahl der Menschenopfer ist sehr groß.

Manöverunglück in Suffolk. Bei einer Handgranatenübung auf dem Manöverfelde in Suffolk wurden 13 Soldaten getötet. Das Unglück erfolgte, weil zwei Soldaten aus Schreck über den Knall einer Explosion ihre Handgranaten fallen ließen.

Kriegsjunge mit Kriegsvornamen. In der ultramontanen „Essener Volkszeitung" finden wir folgende Anzeige:

> Statistik
>
> Die glückliche Geburt eines prächtigen
>
> **Kriegsjungen**
>
> zeigen hocherfreut an
>
> Albert Prause u. Frau Kath. geb. Wegner.
>
> Essen-B.-Borbeck, Hollstraße 104, den 7. Mai 1917.

Das schräg gedruckte Wort in der linken Ecke bezeichnet den auf die Kriegskost anspielenden Vornamen des Jungen.

Kleines Feuilleton

Heimweh.

O Land, das mich so gastlich aufgenommen,
s rebenlaubumkränzter Kelter Glanz —
fern bin ich einer Schwalbe nachgekommen,
klingt schon mein Gruß herb wie ein Scheidegruß.
Was soll dem Auge eine Schönheit frommen,
wenn diese arme Seele darben muß?
Er ist so kalt, der fremde Sonnenschein,
ich möchte, ja ich möcht' zu Hause sein.

Die Schwalben seh' ich schon im stillen Zug
die Häuser — nur das meine nicht — umschweben!
O warme Luft, und doch nicht warm genug,
empfangne Blumen zu beleben!
Der Baum, der seine jungen Sprossen schlug,
was wird dem Fremdling er im Herbste geben?
Vielleicht ein Kreuz und einen Totenschrein —
nicht hier, nicht hier! — Ich möcht' zu Hause sein!

Georg Herwegh.

Das Wort Admiral

werden die meisten auf lateinischen Ursprung zurückführen, kaum jemand wird dahinter arabische Wurzeln vermuten. Und doch kommt, wie „Deutschland zur See" ausführt, diese Bezeichnung aus dem Arabischen. Admiral hängt auf alle Fälle zusammen mit dem arabischen Wort Amir, das soviel wie Befehlshaber bedeutet. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß es entstanden ist aus dem arabischen amir-al-bahr, was deutsch Befehlshaber zur See heißt. In den Kreuzzügen lernten die Europäer die Bezeichnung amir kennen. Sie gelangte nach Spanien und wurde dort zum erstenmal als offizielle Amtsbezeichnung benutzt. Ferdinand der Heilige verlieh Ramon Bonifaz von Burgos den Titel Almirante. Zunächst ist es, ob dieser Almirante auch Admiral im heutigen Sinne war, d. h. ob er höchstbefehlender Offizier einer Anzahl von Schiffen gewesen ist. Einzelne Historiker vertreten nämlich auch die Ansicht, daß Ramon Bonifaz ein Landgeneral war, der nur aus Rücksicht auf die Belagerung von Sevilla auch den Oberbefehl über die Flotte erhielt. Jedenfalls wurde zur Zeit Alfons des Weisen, des Sohnes Ferdinands des Heiligen, der Titel Almirante an richtige Admirale verliehen. 1270 wurde dann zum erstenmal in Frankreich der Admiralstitel verliehen und schließlich fand er bei allen übrigen europäischen Flotten Verwendung. Nun haben ja schon vor den Spaniern viele Völker Kriegsflotten gehabt. Im klassischen Altertum sei an die Griechen und Römer erinnert, im Mittelalter an die Venetianer. Bei den Griechen führte der Kommandierende der Flotte den Namen Stolarchos oder auch Nauarchos; bei den Römern hieß er praefectus classis oder archithalasius, in Venedig kannte man einen capitano generale d'l mare. Besonderer Einträglichkeit erfreute sich der französische Admiralsposten; denn ihm fielen alle Hafengelder und sämtliche sonstige Gebühren zu. Auch hatte er Anspruch auf den zehnten Teil aller gemachten Prisen.

Heiteres.

Wiedergefunden. „So eine Schlechtigkeit von den Menschen! Verliere ich da ein Paket mit Lebensmitteln im Werte von 20 Mark, annonciere, setze eine Belohnung aus, und was meinen Sie, was ich anonym zugeschickt bekomme ... Zwanzig Mark."

Verdächtiges Mitgefühl. Gnädige (zu ihrem Dienstmädchen): „Anna, Sie sehen recht schlecht aus! ... Ich glaub', es tät Ihnen gut, wenn Sie einige Tage aufs Land zu Ihren Eltern gingen!"

(Fl. Blätter.)

Heerenhausrede! „Obwohl 'n bürgerlicher Abjeordneter in jedem Fall 'n Bildofian is, wollen ich und meine Freunde doch in dieser großen Zeit an Opferfreudigkeit hinter niemandem zurückstehen. Ich schlage Ihnen daher vor, den in Frage stehenden Abjeordneten, so lange wir diese famose Einrichtung noch haben werden, die Fahrt vierter Jute um die Hälfte zu ermäßigen und als Diäten jellen je meinswejen alle drei Tage 'n Kommißbrot erhalten!"

(Jugend.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.